

BAL  
BIBLIOTHEK  
LIBRARY

LIBRARY  
JAN 11 1956  
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER  
LIBRARY

# Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 25

BERLIN, DEN 21. JUNI

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

## AUS DEM INHALT

Die hartstirnigen Brandstifter / Heinz Neumann: Die Kriegsgefahr und die  
Verteidigung der USSR / K. S.: Die Entwicklung der Militärfrage und die  
Stellung des Marxismus-Leninismus / Bennet: Die englischen Arbeiter und  
die USSR / S. Klenowitsch: Die anglo-amerikanische Rivalität auf dem  
Kapitalmarkt / Bücher- und Zeitschriftenschau

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927  
HEFT 25 21. JUNI

## I N H A L T

	Seite
Die hartstirnigen Brandstifter . . . . .	1197
Neumann: Die Kriegsgefahr und die Verteidigung der USSR . . . . .	1202
K. S.: Die Entwicklung der Militärfrage und die Stellung des Marxismus-Leninismus . . . . .	1208
Bennet: Die englischen Arbeiter und die USSR . . . . .	1215
Ferdi: Die chinesische Revolution darf nicht den kemalistischen Weg nehmen . . . . .	1225
Klenowitsch: Die anglo-amerikanische Rivalität auf dem Kapitalmarkt . . . . .	1232
F. G.: An der Quelle der Sinowjew-Briefe . . . . .	1241

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	" 0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	" 1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	" 1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	" 3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar "

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

**VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY**  
HAMBURG BERLIN

## DIE HARTSTIRNIGEN BRANDSTIFTER

Die Perspektive des Weltkrieges tritt mit jedem Tage immer deutlicher hervor. Nach dem Banditenüberfall auf die Sowjetvertretung in Peking ein ebensolcher Ueberfall auf die Handelsvertretung in London. Es folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion und endlich der gemeine Meuchelmord an dem Genossen Wojkow in Warschau. Alles das spielte sich jenseits der Grenzen der USSR ab. Und auf dem Gebiete der Sowjetunion selbst mehren sich die terroristischen Akte und Attentate gedungener Mörder gegen die Vertreter der Sowjetmacht, gegen staatliche Institutionen und Betriebe. Der englische Spion S. George Riley reiste 1925 nach der Sowjetunion mit Instruktionen Churchills zur Organisation von terroristischen Attentaten. Ende 1926 wird ein Attentat auf die Genossen Tschubar und Petrowski vorbereitet. Am 12. März 1927 sollte ein Attentat auf den Genossen Bucharin im Großen Theater verübt werden. Am 10. Mai wird eine Gruppe verhaftet, die mit dem Leiter der Konsularabteilung der britischen Mission in Verbindung stand und eine Sprengung des Kremls und des Großen Theaters vorbereitete. In der Nacht zum 3. Juni konnte die Sprengung eines Hauses in der Nähe der PGU verhindert werden. Am Tage der Ermordung des Genossen Wojkow wurde in Minsk eine Eisenbahnkatastrophe herbeigeführt, die den Vertreter der PGU, den Genossen Opanski, ums Leben brachte. Am selben Tage wurden in Leningrad zwei Bomben in die Räume eines Parteilubs geschleudert. Gleichzeitig wurden an verschiedenen Stellen der Union Brandstiftungen von Fabriken, Werken, Munitionslagern usw. entdeckt. Das sind die Tatsachen, die durch das Communiqué der Sowjetregierung bekannt geworden sind. Und alle Fäden dieser Verbrechen laufen in London zusammen, wo der Generalstab der Weltbrandstifter, das Ministerium der konservativen „Diehards“ seinen Sitz hat.

Die Kriegsgefahr nähert sich rasch. Das Mai-Plenum des EKKI hat durchaus richtig festgestellt, daß wir aus der Periode der kleineren Kriege wieder in die Periode der großen Kriege eintreten und daß der drohende Krieg nicht mehr ein Krieg der imperialistischen Mächte untereinander sein wird, sondern ein Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion und das revolutionäre China, ein „ausgesprochener Klassenkrieg“, eine Strafexpedition der imperialistischen Räuber gegen die Millionen und aber Millionen von Arbeitern und Bauern. Das internationale Proletariat und die breitesten Volksmassen müssen sich klare Rechenschaft darüber geben, wie dieser ausgesprochene Klassenkrieg vorbereitet und welche Formen er zunächst annehmen wird.

Da der herannahende Krieg einen ausgesprochenen konterrevolutionären Charakter tragen wird und die Kriegsschrecken von 1914 in den breitesten Volksmassen noch sehr lebendig sind, so werden sich die Methoden zur Entfesselung des Krieges, wie dies bereits jetzt klar ist, in vieler Hinsicht von den Methoden des Jahres 1914 unterscheiden. Sämtliche Parlamentsparteien, von der äußersten Rechten bis zur Sozialdemokratischen Partei,

bereiten energisch den Krieg vor; aber damit dieser Krieg offen von allen diesen Parteien in den kapitalistischen Ländern gebilligt wird, ist es notwendig, daß die Länder vor vollendete Tatsachen gestellt, daß sie durch eine ganze Reihe teuflischer Manöver in den Krieg hineingezogen werden. Die englischen Brandstifter verstehen das sehr wohl und handeln dementsprechend.

Schon die Konstellation, in der der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion erfolgte, ist in dieser Beziehung außerordentlich bezeichnend. Wie bekannt, haben am Vorabend des Abbruchs die Vertreter der englischen Industrie, insbesondere Mac Kenna, der Vertreter der mächtigen Vereinigung der 5 Banken — der Midlands, Barkleys, Lloyds, Westminster und Nation-Proprietary-Bank — sich bereit erklärt, der Sowjetunion einen Kredit in Höhe von 10 Millionen Pfund Sterling zu gewähren. Durch den Ueberfall auf die Arcos und den darauffolgenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist aus diesem Abkommen nichts geworden. Aus welchem Grunde schickten sich die englischen Industriellen an, der Sowjetunion Kredit zu gewähren? Sie hassen die Sowjetrepublik und wünschen der Sowjetmacht den Genickbruch nicht weniger inbrünstig wie die konservativen Dickschädel. Aber für sie ist der Untergang der Sowjetmacht Zukunftsmusik, während die laufenden Lebensinteressen der englischen Industrie die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion erfordern. Deshalb unternahmen sie diesen Schritt, der ein Glied in ihrem großzügigen Plan zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Macht des englischen Kapitalismus bildet, der in den letzten Jahren eine Position nach der anderen verlor. Eben diesen Plan beeilten sich die „Diehards“ zu vereiteln, um dem Kriege den Weg zu ebnen, und sei es auch um den Preis der Untergrabung der englischen Industrie für die nächste Zeit. Der liberale Oekonomist Keynes hat in seiner Broschüre: „Die ökonomischen Folgen des Herrn Churchill“ sehr überzeugend den Nachweis geführt, daß die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen konservativen Regierung sich gegen die Interessen der englischen Industrie richtet: bei der Wiederherstellung der Parität des Pfund Sterling habe sich die Regierung und deren Organ, die Bank von England, nach den Worten des Verfassers, um die Interessen des Finanzkapitals gekümmert, das außerhalb Englands arbeitet, zum Schaden der Interessen der englischen Industrie. Die Finanzpolitik der Regierung, sagt Keynes, begünstige nicht nur nicht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern im Gegenteil, sie fördere das Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Was der englische liberale Volkswirtschaftler schrieb, beginnen in letzter Zeit auch prominente Vertreter des englischen Industriekapitals offen auszusprechen, die damit unzufrieden sind, daß die konservative Regierung sich ausschließlich auf einen riskanten auswärtigen Krieg und einen ebenso riskanten innern Krieg gegen die Gewerkschaften einstellt; die damit unzufrieden sind, daß die Herren Churchill und Birkenhead sowie der Direktor der Bank von England, Herr Montague, ihren Interessen sehr wenig Rechnung tragen, sondern ihre Handlungen vollständig in Uebereinstimmung bringen mit den Wünschen der räuberischsten Gruppe der internationalen Bankiers, der Schrödergruppe, die danach strebt, die englischen Fabriken und Bergwerke wertlos zu machen, um sich später ihrer zu bemächtigen.

Wir sehen also, daß die englischen konservativen Dickschädel zur Verwirklichung ihrer räuberischen imperialistischen Pläne und zur Erzeugung einer entsprechenden Kriegs Atmosphäre bedenkenlos auf die Untergrabung der ökonomischen Stabilisierung des Kapitalismus in England hintreiben. Deshalb beginnt ihre Politik nicht allein in den Arbeitermassen immer größere Unzufriedenheit zu erregen, sondern auch bei beträchtlichen Schichten des Kleinbürgertums, ja sogar bei einem einflußreichen Teil der Großbourgeoisie, nämlich der Industriellen. Es ist sehr bezeichnend, daß der Genossenschaftskongreß in Cheltenham am 8. Juni mit einer Mehrheit von 3 292 000 gegen 995 000 Stimmen eine Resolution beschlossen hat, in der er den sowjetrussischen Genossenschaften freundschaftliche Grüße sendet und alle Organisationen der Genossenschaftsbewegung auffordert, für die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen mit der Sowjetunion einzutreten. Noch bezeichnender ist, daß bei den Nachwahlen in Bosworth, die während des Abbruches der diplomatischen Beziehungen stattgefunden haben, der liberale Kandidat den Sieg über den Konservativen davontrug, und zwar nicht auf Kosten der Stimmen der Arbeiter und Kleinbürger, sondern auf Kosten der bürgerlichen Wähler, denn der Kandidat der Arbeiterpartei erhielt gleichfalls 2000 Stimmen mehr als bei den vorangegangenen Wahlen. Das beweist, daß selbst einem Teil der englischen Bourgeoisie vor der Vabanque-Politik, die die konservative „Diehard“-Regierung betreibt, bange zu werden beginnt. Aber die Dickschädel kümmern das alles nicht. Sie pfeifen auf den Willen des Landes. Gestützt auf die geheiligten Traditionen des Parlamentarismus, die ihnen die Möglichkeit geben, bis zu den Neuwahlen im nächsten Jahre, so lange sie eine gesicherte Mehrheit im Parlament haben, nach Belieben zu schalten und zu walten, obwohl das Land sich offensichtlich von ihnen abkehrt, gehen sie ihren Weg weiter, indem sie das Land vor vollendete Tatsachen stellen.

Wenn die englischen konservativen Banditen keine Bedenken tragen, bei sich zu Hause die Industrie zu untergraben, um den Brand eines Weltkrieges zu entfachen, so genieren sie sich erst recht nicht, dies in Ländern zu tun, die sich in Vasallenabhängigkeit vom englischen Imperialismus befinden.

Es ist bekannt, daß die Tschechoslowakei und Jugoslawien bereit waren, normale diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion herzustellen, daß dies aber durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen London und der Sowjetrepublik vereitelt wurde. Dort aber, wo das englische Beispiel allein nicht genügt, werden provokatorische Meuchelorde inszeniert, wie dies in Polen der Fall war. Die faschistische Regierung Pilsudski war eine Kreatur des englischen Imperialismus. Vom ersten Tage ihrer Existenz an nahm sie gegenüber der Sowjetunion eine feindliche Stellung ein und gewährte auf ihrem Gebiet allen Weißgardisten Zuflucht, die gegen die Sowjetrepublik Ränke schmieden. Indessen konnte Pilsudski, nachdem er zur Macht kam, nicht außer acht lassen, daß Polen für die englischen Lords nur ein Werkzeug ihrer imperialistischen Ziele ist; nachdem Pilsudski zur Macht kam, konnte er nicht ebenso leicht und eifertig die Kriegsfurie entfesseln und einen Sprung ins Ungewisse tun, wie es die englischen Dickschädel zu tun sich anschicken, die andere für sich die Kastanien aus dem Feuer holen lassen. Die faschistische Regierung

Pilsudski konnte auch nicht die Notwendigkeit außer acht lassen, Polen finanziell zu gesunden und einen Markt für die polnische Industrie zu schaffen. Da streckt zur selben Zeit, wo die amerikanischen Bankiers Polen einen Kredit von 60 Millionen Dollars zu gewähren im Begriffe sind, zur selben Zeit, wo Genosse Wojkow mit Polen Verhandlungen über den Abschluß eines Garantiepaktes führt, auf ein Signal von London hin eine verräterische Kugel den Genossen Wojkow nieder. So präsentiert der englische Shylock, der glaubt, daß das Polen Pilsudskis ihm seine Seele verkauft hat, seinen Schein, so glauben die englischen „Diehards“, auf die „öffentliche Meinung“ Polens pfeifend, die einmütig ihre Empörung über den gemeinen Mord an dem Genossen Wojkow zum Ausdruck brachte, mit der Knute Polen in den Krieg hineinhetzen zu können.

Nach dem Weltkrieg, der die ökonomischen Pfeiler Europas bis auf den Grund erschütterte, wurde die Wirtschaft auf diesem Kontinent allmählich in zwei entgegengesetzten Formen wiederhergestellt: in der Sowjetunion stabilisierte sich rasch die sozialistische Staatswirtschaft, in den westeuropäischen Ländern ging gleichzeitig eine teilweise Stabilisierung des Kapitalismus vor sich. Nur in England war ein ständiger Niedergang der Wirtschaft zu beobachten. Nun entschlossen sich die englischen „Diehards“, um die frühere Macht des britischen Imperiums auf der Grundlage des Kolonialraubes wieder herzustellen, von neuem den Brand eines Weltkrieges zu entfachen und einen Kreuzzug gegen die gefährlichsten Feinde des britischen Imperialismus, gegen die Sowjetunion und das revolutionäre China, zu eröffnen. Um diesen Krieg vorzubereiten, zimmerten sie erst einen anti-sowjetistischen und antichinesischen Block in der ganzen Welt zusammen. Als der Umsturz von Tschang Kai-schek ihnen die Hoffnung einflößte, daß in China die Sache zu Ende sei, warteten sie die völlige Einkreisung der Sowjetunion gar nicht ab, brachen die diplomatischen Beziehungen zu ihr ab und gingen zu entschlossenen Handlungen gegen sie über. Um die schwankenden Länder vor eine vollendete Tatsache zu stellen, um sie spontan in den Krieg gegen die Sowjetunion hineinzuzerren, um die europäischen Länder zu zwingen, in diesen Krieg hineinzuschlittern, bemühen sie sich auf alle mögliche Weise, die wirtschaftliche Stabilisierung in Europa zu stören. Indem sie die weißgardistischen Banditen subsidieren, bestechen und organisieren, züchten sie fieberhaft den weißen Terror in der Sowjetunion und bereiten gleichzeitig die Blockade der Sowjetrepublik vor, in der Annahme, daß es gelingen werde, dort eine Panik zu erzeugen, das Wirtschaftsleben des Landes zu zerrütten, den sozialistischen Aufbau zu vereiteln, das Land mit Banden zu überschwemmen und dort Revolten und Aufstände hervorzurufen. Dabei werden die Interessen der Stabilisierung des Kapitalismus nicht nur in den von England abhängigen europäischen Ländern, sondern auch in England selbst geopfert, um die wirtschaftlichen Verbindungen dieser Länder mit der Sowjetunion zu zerreißen, um sie gegen die Sowjetrepublik zu hetzen, um, nachdem man ihnen das Brot genommen hat, noch mehr ihren Appetit auf den Anteil an der Sowjetbeute zu reizen, nach dem Grundsatz, daß, wenn man die Hunde zur Jagd führt, sie nicht gefüttert werden dürfen.

Das ist die immer klarer hervortretende britische Methode der Vorbereitung eines neuen verbrecherischen Weltkrieges. Diese verruchten Pläne

der britischen „Diehards“ haben die Sowjetrepublik nicht überrumpelt. Die Sowjetrepublik hat bereits den Beweis geliefert, daß eine Blockade sie nicht schreckt, daß sie das **e i n z i g e** Land in Europa ist, das nach dem Kriege seine Wirtschaft auf neuen Grundlagen ohne Hilfe fremder Kredite wiederhergestellt hat. Die Blockade konnte natürlich das Tempo des sozialistischen Aufbaues verlangsamen, jedoch auf keinen Fall vollkommen verhindern. Die Sowjetrepublik blickt ohne Furcht auf die Versuche, durch terroristische Akte, durch Banditenüberfälle und Aufhetzungen zum Aufruhr den Staat zu desorganisieren, denn **keine einzige Macht in der Welt** ist in den Volksmassen so tief verwurzelt, keine hat einen so festen sozialen Boden unter den Füßen, wie die Sowjetmacht. Den Abbruch der diplomatischen Beziehungen haben die Arbeiter der Sowjetrepubliken bereits mit dem Beschluß beantwortet, die Produktivität ihrer Arbeit zu erhöhen, die Wehrfähigkeit der Republik zu steigern und von ihrem Lohn Beiträge abzuführen zur Schaffung neuer Luftgeschwader unter dem Namen „Abbruch“, „Antwort an Chamberlain“ usw. Man möge uns doch irgendeine bürgerliche Regierung in Europa nennen, wo die Arbeiter so auf ihre Vorbereitungen für den Krieg geantwortet haben. Auch der weiße Terror schreckt die Sowjetrepublik der Arbeiter nicht. Das Land der Diktatur des Proletariats hat, nachdem es an das Werk des sozialistischen Aufbaues ging, sein Schwert in die Scheide gesteckt, aber dieses Schwert ist nicht verrostet und das Weißgardistenpack wird seine Schärfe zu spüren bekommen, wenn es erneut sein Haupt erheben sollte.

Die Sowjetmacht fürchtet die verbrecherischen Pläne der britischen „Diehard“-Regierung auch deshalb nicht, weil die Sowjetmacht nicht allein dasteht. Sollte es dem britischen Imperialismus gelingen, diejenigen, die er als seine Vasallen behandelt, diejenigen, mit deren Händen er die Kastanien für sich aus dem Feuer holen lassen will, in den Abgrund zu stürzen, in den Krieg hineinzuhetzen, dann werden diese Opfer und Werkzeuge des englischen Imperialismus gar bald verspüren, daß die Leninsche Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg kein leerer Schall ist, daß in einem zweiten Weltkrieg, und zwar einem noch offenkundigeren Klassenkrieg, noch offenkundigeren konterrevolutionären Krieg, diese Losung ungleich schneller als im ersten Weltkrieg Wiederhall in den breitesten proletarischen und bäuerlichen Massen finden wird. Die Wahlen und die Demonstrationen bei der Ueberführung der Leiche des Genossen Wojkow in Warschau und das Reichstreffen der Roten Frontkämpfer in Berlin zeigen klar genug, wie jetzt die Arbeitermassen in Westeuropa denken.

HEINZ NEUMANN:  
DIE KRIEGSGEFAHR UND DIE VERTEIDIGUNG  
DER USSR\*

Genosse Trotzki hat die Frage des Anglo-Russischen Komitees als die „Zapfenstange“ unserer Aufgaben im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg bezeichnet. Ich bin mit dieser Einschätzung der Wichtigkeit unserer Aufgaben gegenüber der Kriegsgefahr nicht einverstanden und werde daher das Anglo-Russische Komitee nicht als die Achse dieses Plenums betrachten.

Es ist klar, daß der imperialistische Krieg jetzt in die unmittelbarste Nähe gerückt ist. Wenn wir die Merkmale für die Tatsache suchen, daß gerade jetzt die Gefahr eines Krieges so dringend, so akut geworden ist, so finden wir den besten Hinweis darauf in der Junius-Broschüre von Rosa Luxemburg. Rosa Luxemburg stellt in dieser Broschüre fest, daß der Weltkrieg von 1914 schon 10 Jahre lang drohend über den Völkern geschwebt hat, daß aber der Moment des Ausbruchs erst dann eintrat, als alle Gegensätze sich in einer Zentralisierungsachse, in einem überragenden Gegensatz sammelten, um den sich alle anderen Konflikte gruppieren. Eine solche Zentralisierungsachse ist heute geschaffen in Gestalt des Aufmarsches des englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion. Genosse Kuusinen hat mit Recht gesagt, daß der bevorstehende Krieg nicht unter denselben Losungen und in den gleichen Formen beginnen wird wie der Weltkrieg 1914. Es ist unwahrscheinlich, daß sich abermals ein 4. August ereignen wird, an dem sich gleichzeitig die Regierungen von fünf Großmächten offiziell und feierlich den Krieg erklären. Der Mechanismus der Kriegsvorbereitung ist diesmal feiner, versteckter, unübersichtlicher. Er arbeitet unter dem Schleier des Völkerbundes und des „Weltfriedens“. Die Losungen der Bourgeoisie für den Krieg sind heute ganz andere als 1914. Der Krieg von 1914 stand in erster Linie unter der Losung der „nationalen Verteidigung“ gegen den äußeren Angreifer. Der kommende Krieg wird nicht ein Kampf zwischen zwei miteinander konkurrierenden, staatlich organisierten, finanzkapitalistischen Trusts, nicht ein Krieg zwischen zwei imperialistischen Gruppierungen sein, sondern ein Interventionskrieg der konterrevolutionären Mächte gegen die Sowjetunion und gegen die kolonialen Erhebungen. Es wird der Bourgeoisie nicht gelingen, der Arbeiterschaft Frankreichs, Englands, Deutschlands vorzuspiegeln, daß die Rote Armee ihre Landesgrenzen überfallen wolle oder daß ihnen eine chinesische Invasion drohe. Nicht die nationale Phrase, nicht die Ideologie der Vaterlandsverteidigung wird die entscheidende Losung der Bourgeoisie bei Kriegsausbruch sein, sondern der Appell an die angeblichen Aufgaben der Zivilisation, der Hinweis auf die zivilisatorische, fortschrittliche, demokratische „Mission“ des Kapitalismus. Diese Parole richtet sich gegen die Sowjetunion nicht nur als gegen den Landesfeind, sondern auch als gegen

\* Rede, gehalten auf der letzten Vollsitzung der Exekutive am 20. Mai 1927.

den Todfeind der gesamten bürgerlichen Zivilisation. Weil dieser Krieg ein Klassenkrieg sein wird, schärfer als er jemals in der Geschichte geführt wurde, muß die Bourgeoisie die Klasse, die im Schoße ihrer eigenen Gesellschaftsordnung die größte Gefahr für den Krieg darstellt, mit allen Mitteln von der Sowjetunion trennen. Daher ist die gesamte Politik der Imperialisten, die ganze Tätigkeit der II. Internationale und der sozialdemokratischen Parteien, einschließlich ihrer ultralinken Anhängsel, darauf gerichtet, erstens den proletarischen Charakter der Sowjetunion, zweitens den revolutionären Charakter der Sowjetunion und drittens den internationalen Charakter der Sowjetunion vor den Arbeitermassen zu bestreiten.

Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen ist der Kampf, der auf diesem Plenum zwischen dem Genossen Trotzki und seinen Anhängern einerseits, der Kommunistischen Internationale und aller ihrer Sektionen andererseits ausgefochten wird, kein literarischer Streit, keine Auseinandersetzung um das Anglo-Russische Komitee, sondern im Mittelpunkt dieses Kampfes steht das Verhältnis des Weltproletariats zur Sache der Sowjetunion. Es gibt hier zwei Linien. Die eine Linie geht davon aus, daß die Sowjetunion nicht eine Vertreterin der Interessen des Weltproletariats ist. Die zweite Linie, die in den Thesen festgelegt ist, betrachtet die Sowjetunion als die wichtigste Stütze und das organisierte Zentrum aller revolutionären Bewegungen der Welt.

In den Thesen des Genossen Trotzki wird gesagt, daß die Sowjetunion eine „national-konservative Politik“ treibt. Auf der 7. Erweiterten Exekutive war es noch eine „national-reformistische Politik“. Heute spricht Genosse Trotzki bereits von einer „national-konservativen Politik“. Ich frage jeden Genossen, der mit Trotzki einverstanden ist: Welcher prinzipielle Unterschied besteht zwischen einem Lande des roten Imperialismus, wie die Feinde des proletarischen Staates die Sowjetunion bezeichnen, und einem Land, das eine „national-konservative Politik“ treibt? Die Argumente des Genossen Trotzki und seiner Gruppe, die die Politik der Sowjetunion als eine nicht revolutionäre, als eine nicht proletarische, als ein nicht internationale Politik hinzustellen versuchen, diese Argumente sind nichts anderes — freiwillig oder unfreiwillig — die Fortsetzung der Politik aller Feinde der Sowjetunion, nur — „mit anderen Mitteln“. Man muß hinzufügen: auch mit „anderen Mitteln“ als mit denen des Leninismus. Nur in diesem Rahmen ist es zu verstehen, wenn uns Genosse Trotzki heute in aller Form die Wiederaufnahme von Elementen wie Maslow und Ruth Fischer in die Kommunistische Partei Deutschlands vorschlägt.

Genosse Trotzki hat mit einem gewissen Maß von Verachtung über die „hundertprozentige Einheit“ dieses Plenums gesprochen und damit die Andeutung verbunden, daß sich auf dieser Tagung, besonders in der deutschen Delegation, Genossen befinden, die in der Vergangenheit verschiedene politische Fehler gemacht haben. Was die Konsequenz und die prinzipielle Geradheit des Genossen Trotzki anbetrifft, so zeigt sie sich am besten, wenn man heute seine Erklärung vom 12. Oktober liest, die folgendermaßen lautet:

„Wir halten für besonders unzulässig jedwede Unterstützung von Personen, die aus der Partei und aus der Komintern ausgeschlossen sind, wie Ruth Fischer und Maslow.“

Wer sind diese Leute, mit denen Genosse Trotzki jetzt das engste Kampfbündnis geschlossen hat? Wie steht die Komintern zu ihnen? Die deutsche Resolution der letzten Erweiterten Exekutive kennzeichnet die Gruppe Maslow-Ruth Fischer, die mit Korsch und allen anderen Richtungen des linken Antibolschewismus alle wichtigen Charakterzüge gemeinsam hat, im Punkt 4 der Resolution folgendermaßen:

- a) Verleumdung und Bekämpfung der Sowjetunion, deren Politik als Ausfluß bäuerlich-kapitalistischer Interessen und als Hemmnis für die internationale proletarische Revolution betrachtet wird.
- b) Verleumdung und Bekämpfung der Komintern, die des „Opportunismus“ und „Liquidatorentums“, der „fortgesetzten Anbiederung an die Sozialdemokratie“, des „Verfalls und der Zersetzung“ (Memorandum der Maslow-Gruppe) beschuldigt wird.
- c) Verleumdung und Bekämpfung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Versuch, die Partei zu zerstören, d. h. zu liquidieren, wobei Korsch diese Bestrebungen durch Angriffe von außen, Ruth Fischer und Maslow durch Zersetzung von innen zu verwirklichen suchen.“

Diese konterrevolutionäre Gruppe, die als eine Gruppe von Feinden gekennzeichnet ist, will Genosse Trotzki in die KPD aufnehmen. Er will ihr das Bürgerrecht in der Komintern verleihen. Was bedeutet das? Das bedeutet Durchsetzung unserer Arbeit mit den Zellen des Imperialismus. Das bedeutet Zersetzung unserer Kampforganisation, der Waffe des internationalen Proletariats im kommenden Krieg gegen den Imperialismus und seine Agenten. Natürlich ist es nicht so, wie kürzlich ein bürgerlicher Korrespondent ironisch schrieb, daß Chamberlain jede Woche mit Korsch und Maslow beratschlagt, welche Schritte er unternehmen soll. Trotz ihrer Winzigkeit, deren durchbohrendes Gefühl sie selbst durchdringt, können diese Leute im Kriegsfall durch ihre Verbindung mit dem bürgerlichen Staatsapparat, durch die tatkräftige Hilfe der Sozialdemokratie, unsere Partei angreifen und schädigen. Ein Bündnis mit Maslow, das bedeutet ein Bündnis mit Verrätern, Polizeidenunzianten, ein Bündnis mit denen, die an der bürgerlichen Kriegshetze gegen die Sowjetunion teilnehmen. Darum muß die Komintern gegen diesen Vorschlag den schärfsten, einmütigen Kampf eröffnen. (Beifall.)

Genossen, die Aufgaben unserer deutschen Partei werden im kommenden Krieg besonders schwierige und eigenartige sein. Deutschland wird wahrscheinlich nicht zu den Ländern gehören, die als erste den Krieg erklären, es wird nicht das Land sein, das die ersten Divisionen an die Front schickt. Der deutsche Imperialismus, der zum zweitenmal in seiner Geschichte verspätet die Arena der Weltpolitik als aktive Macht betritt, ist heute keinesfalls imstande, einen Krieg gegen den Westen zu führen. Er ist seit Locarno fest und unwiderruflich in die englische Westfront eingliedert. In der letzten Mainnummer der konservativen englischen „Fortnightly Review“ schreibt der bekannte Vertrauensmann der Regierung, Augur, einen ganzen Leitartikel, der sich ausschließlich mit der gegenwärtigen Rolle Deutschlands beschäftigt. Augur sagt in seiner gewohnten zynischen Sprache:

„Europa endet heute an der Ostgrenze von Polen; jenseits dieser Grenze sehen wir ein Land, das auf die Zugehörigkeit zu den Idealen der weißen Rasse verzichtet hat. Die Union der Sowjetrepubliken gehört nicht zu Europa und ihre eingestandenen Prinzipien sind denen der zivilisierten Welt so entgegengesetzt, daß ein Kompromiß unmöglich ist.“

Augur fordert wörtlich die Bildung einer europäischen Einheitsfront zum Kampf gegen die Sowjetunion und stellt fest,

„daß die Einheit Europas nicht herbeigeführt werden kann ohne die Mitarbeit Deutschlands als eines gleichberechtigten Partners in jeder politischen Kombination, die in Frage kommen könnte.“

Er spricht ausdrücklich von dem Kaufpreis, den die deutsche Bourgeoisie für den Eintritt in den Interventionsblock erhalten soll, nämlich: erstens vollständige Räumung des Rheinlandes, zweitens Revision des Dawes-Planes, drittens Aufhebung der Beschränkung der deutschen Rüstungen. Er stellt die Frage der deutschen Ostgrenzen zur Diskussion und schließt mit dem drohenden, fast erpresserischen Satz:

„Wir sagen es ganz offen, daß die gegenwärtige Haltung der deutschen Regierung es ist, welche verhindert, daß ein Vertrag über eine gemeinsame Haltung der europäischen Mächte gegenüber Moskaus abgeschlossen wird.“

Diese letzte Behauptung ist bereits eine agitatorische Verwischung der Tatsachen, denn in Wirklichkeit bildet Deutschland bereits heute kein ernstliches Hindernis für den Interventionsblock der imperialistischen Mächte. Der Paragraph 16 des Völkerbundstatuts lautet wörtlich:

„Die Bundesmitglieder veranstalten alles Erforderliche, um den Streitkräften eines jeden Bundesmitgliedes, das an einem gemeinsamen Vorgehen zur Wahrung der Bundesverpflichtungen teilnimmt, den Durchgang durch ihr Gebiet zu ermöglichen.“

Jede Illusion über die Möglichkeit einer längeren Neutralität Deutschlands im Kriege gegen die Sowjetunion wäre ein Fehler. Wir sind verpflichtet, diese Tatsache der deutschen Arbeiterklasse klar, kraß, unermüdlich einzuhämmern.

Unsere Partei besitzt bereits Erfahrungen aus den Kriegen oder kriegsartigen Situationen: Die Erfahrungen des Spartakusbundes während des Weltkrieges, die Erfahrungen der KPD während des russisch-polnischen Krieges von 1920 und schließlich im Ruhrkrieg von 1923.

Im russisch-polnischen Kriege hielt sich die deutsche Bourgeoisie zurück, solange die Rote Armee noch nicht große Siege errungen hatte. Aber im Moment, als die polnischen Armeen geschlagen wurden, als sich die Sowjettruppen Warschau näherten, kämpfte die deutsche Sozialdemokratie aufs schärfste gegen unsere Losung der Verhinderung von Waffentransporten. In diesem Moment erhob sich in der ganzen bürgerlichen Presse der Ruf: Deutschland ist die letzte Barriere der Zivilisation gegen den Bolschewismus.

Bereits in der ersten Periode der Scheinneutralität Deutschlands wird die deutsche Arbeiterklasse nicht weniger revolutionäre Aufgaben haben als das Proletariat derjenigen Länder, die sofort aktiv am Interventionskrieg teilnehmen. Bereits in dieser ersten Periode der Scheinneutralität wird es die Aufgabe der Kommunisten sein, jede Gelegenheit zum Sturze der bürgerlichen Regierung und der bürgerlichen Klassenherrschaft zu benutzen. Auch in dieser ersten Periode wird die deutsche Bourgeoisie sich mit der ganzen Wucht des Belagerungszustandes, der Pressezensur, der Militärdiktatur auf die Arbeiterbewegung, und mit verzehnfachter Kraft auf ihren revolutionären Vortrupp stürzen. Diesem Ziel gilt bereits der gegenwärtige Aufmarsch des deutschen Fa-

schismus. Die faschistischen Organisationen vom Typus des „Stahlhelm“ sind gleichzeitig eine Bürgerkriegsarmee, eine Armee gegen den inneren Feind mit dem Ziel der gewaltsamen Zerstörung der Arbeiterbewegung und eine Ergänzung der Reichswehr, eine Armeereserve für den kommenden Krieg.

Das sind die Fragen, die auf diesem Plenum besprochen werden müssen. Die Opposition, die nicht den leisesten positiven Vorschlag zu machen imstande ist, stört nur die Diskussion und Klärung dieser Fragen. Wir können unsere Aufgaben nur lösen, wenn wir den schärfsten Kampf gegen die Ultralinken, gegen die Maslow und Ruth Fischer, gegen die Anarchisten und Syndikalisten, gegen alle rechten und linken Agenten der konterrevolutionären Sozialdemokratie führen. Genosse Trotzki kommt hierher und sagt: wir wollen nicht die Führer des Syndikalismus unterstützen, wir meinen nur die Orientierung auf die ehrlichen syndikalistischen Arbeiter. Ich frage: wieviel ehrliche syndikalistische und anarchistische Arbeiter gibt es in Deutschland? Es gibt ein paar Dutzend, aber wenn man, wie Genosse Vujowitsch, die Orientierung unserer ganzen Linie auf dieses Häuflein vorschlägt, wenn man erzählt, daß Genosse Lenin sozusagen mit der Laterne in der Hand nach den Anarchisten und nicht nach den Arbeitermassen gesucht hat, so ist das eine Falschmeldung und bedeutet in der heutzutage konkreten Situation eine Stellungnahme zugunsten jenes Anarchismus und Syndikalismus, der in den Pfempertschen Zeitschriften über die Leiden der russischen Menschewiki jammert. Die deutsche anarcho-syndikalistische Presse veröffentlicht in der letzten Zeit eine ständige Rubrik mit der Ueberschrift: „Aus den Kasematten Neprußlands“, in denen sie zum schärfsten Kampf gegen die Sowjetunion aufruft. Diese Leute sind die schlimmsten weißgardistischen Banditen, die gekauften Subjekte des Finanzkapitals. Das Bündnis mit ihnen ist gleichbedeutend mit dem Verrat an der proletarischen Revolution.

In dem Material, das Genosse Trotzki hier unter Umgehung der von ihm so scharf bekämpften „Methoden der apparatmäßigen Leitung“ verteilt hat, befindet sich eine Stellungnahme der Opposition zu dem letzten Vorkommnis, das mit schreiender Deutlichkeit die Kriegsgefahr signalisiert, zu dem Ueberfall auf die Handelsvertretung der Sowjetunion in London. Genosse Trotzki benutzt seinen oppositionellen Standpunkt zum Anglo-Russischen Komitee, um den Ueberfall auf die Handelsvertretung folgendermaßen zu „beleuchten“:

„Was haben wir nun in Berlin getan? . . . Wir haben der ganzen Welt kundgemacht, daß wir in der Frage des Kampfes gegen den Krieg mit den Agenten Chamberlains im Generalrat „einmütig“ sind. Wir haben dadurch die Widerstandskraft der englischen Arbeiter gegen den Krieg geschwächt. Wir haben dadurch der Stellung der Sowjetunion geschadet.“

Also: die Politik der proletarischen Diktatur schwächt die Widerstandskraft der Arbeiterklasse gegen den Krieg. Aber Genosse Trotzki wird noch konkreter. Er fährt fort:

„Man muß noch konkreter sagen: die Berliner Kapitulation des Zentralen Gewerkschaftsrats der Sowjetunion vor dem Generalrat hat Chamberlain den Ueberfall auf die Sowjeteinrichtungen in London mit allen möglichen Folgen dieses Aktes außerordentlich erleichtert.“

Bei aller Hochachtung, die gerade die jüngeren Genossen in der Komintern vor der bolschewistischen Vergangenheit des Genossen Trotzki empfinden, müssen wir sagen, daß dies keine „antiimperialistische“ Stellung ist, und darüber hinaus, daß diesen Satz jeder Sozialdemokrat, jeder Verräter des Proletariats, jeder Feind der Sowjetrepublik geschrieben haben könnte. (Zwischenruf: Sehr richtig!) Man sieht ganz klar, daß die zwei Linien, die sich hier gegenüberstehen, daß der Streit, der hier ausgekämpft wird, zusammenfällt mit der Entscheidung zwischen den zwei Lagern des Klassenkampfes angesichts des drohenden Krieges. Bei dem Ueberfall auf die Londoner Handelsvertretung war der Standpunkt der Bourgeoisie: die Sowjetvertretung ist ein Instrument der Revolution, die wir vernichten müssen. Der Standpunkt aller Sozialverräter, einschließlich Purcells, war der: die englische Regierung hat zwar einen Fehler gemacht, sie ist zu plump vorgegangen, aber auch die Roten, die Bolschewiki, tragen durch ihre verfluchte Propaganda die Mitschuld. Genosse Trotzki aber ruft dem Politbüro der KPSU zu: Ihr habt den Ueberfall Chamberlains „mit allen möglichen Folgen dieses Aktes“ — und welche anderen Folgen als der Krieg sind in letzter Konsequenz möglich? — durch eure national-konservative Politik erleichtert.

Gegen diesen Angriff muß die Komintern eine eiserne Front bilden. Sie muß einen rücksichtslosen, vernichtenden Kampf gegen diese Plattform führen. Genosse Trotzki mag so viel geistreiche und spöttische Bemerkungen über unsere „hundertprozentige Einheit“ machen, wie es ihm beliebt: gegen diese schamlose Behauptung, gegen diese unmittelbare Rechtfertigung Chamberlains wird nicht nur dieses Plenum, sondern werden die kommunistischen Arbeiter der ganzen Welt wie ein Mann zusammenstehen. (Beifall.)

Der positive Wert dieser Diskussion besteht darin, daß sie Klarheit über die beiden Grundauffassungen schafft, die sich heute unversöhnlich gegenüberstehen. Genosse Trotzki betrachtet die gegenwärtige Politik der Sowjetunion als ein Hemmnis der internationalen Revolution. Er bekämpft sie als eine „national-konservative Politik“. Genosse Trotzki, ich frage Sie, warum sagen Sie das in so gewählter Ausdrucksweise, warum sagen Sie nicht ehrlich und aufrichtig „eine antiproletarische Politik“? Jeder kennt jetzt Ihren Standpunkt. Niemand läßt sich mehr durch Redensarten über den Kern Ihrer Stellungnahme hinwegtäuschen.

Wir antworten auf Ihren Vorstoß mit einem der glänzendsten Sätze, die Karl Marx über die Pariser Kommune schrieb. Er schrieb, als die Bismarckschen Truppen an der Seite der Versailler Konterrevolution zum Kampf gegen die Kommune vorgingen, in der Adresse des Generalrats an die Erste Internationale folgende Worte:

„Unter den Augen der preußischen Armee, die zwei französische Provinzen an Deutschland annektiert hatte, annektierte die Kommune die Arbeiter der ganzen Welt an Frankreich.“

Die Trotzkiisten betrachten die USSR mehr und mehr als einen Nepstaat, als ein Kulakenland, als eine gewöhnliche liberal-kapitalistische Republik. Für die Komintern ist und bleibt die Sowjetunion die erste siegreiche Kommune der Welt, das organisierte Zentrum der proletarischen Revolution. Ich will schließen mit der Anwendung des Marxschen Ausspruches auf die

heutige Situation: Unter den Augen des englischen Interventionsblocks, unter den Augen des faschistischen Rumänien, das Bessarabien annektiert hat, unter den Augen des faschistischen Polen, das West-Weißrußland und die West-Ukraine annektiert hat, wird die Sowjetunion durch die revolutionäre Tätigkeit aller kommunistischen Parteien die Arbeiterklasse der ganzen Welt an den einzigen Staat der proletarischen Diktatur annektieren.

K. S.:

## DIE ENTWICKLUNG DER MILITÄRFRAGE UND DIE STELLUNG DES MARXISMUS-LENINISMUS

Wiederum, wie in den Jahren vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg, ist die „Militärfrage“ auf die Tagesordnung der Arbeiterbewegung gestellt.

In letzter Zeit hat eine ganze Reihe imperialistischer Staaten und ihrer Trabanten mehr oder weniger große Reformen ihrer Wehrverfassung und Heeresorganisation durchgeführt. Andere sind dabei, dasselbe zu tun. Nach jahrelangen Vorbereitungen hat Frankreich die Pläne seiner großen Armeereform fertiggestellt und vor die Kammer gebracht. Italien hat schon Anfang 1926 seine Armee reorganisiert. Spanien ist eben dabei. Die Tschechoslowakei hat erst kürzlich eine Reihe wichtiger Reformen durchgeführt. Von großer Bedeutung sind die in allen Teilen des britischen Imperiums in Durchführung begriffenen militärischen Reformen (in den Dominions, in einzelnen Kolonien, nicht zuletzt in Indien). In Deutschland schließlich liegen die Dinge so, daß die Abstreifung der Versailler Beschränkungen und die „gesetzliche“ Reorganisation des Heeres nur noch eine Frage kurzer Zeit ist. Alle diese Heeresreformen, deren Aufzählung keineswegs vollzählig ist, haben sehr verschiedene konkrete Ursachen und Zwecke, und sehen je nach den Bedürfnissen des betreffenden Landes verschieden aus. Gemeinsam aber ist ihnen, daß ihre Grundursache nicht, wie z. B. bei den Militärreformen der skandinavischen Länder in den Jahren 1920 bis 22 die Finanzlage, aber auch nicht, wie bei den Reformen der Polizei in fast allen Ländern nach dem Kriege, der Kampf gegen den „inneren Feind“ ist, sondern unzweifelhaft die Vorbereitung auf neue imperialistische Kriege.

In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg und den Mißerfolgen der Interventionen in Sowjetrußland war die Haltung der europäischen Regierungen zu ihren Armeen vor allem diktiert durch finanzielle Rücksichten, durch die Tatsache der kriegsgegnerischen Stimmung der breiten Massen und den Kampf gegen das revolutionäre Proletariat (bloß bei Frankreich und seinen Trabanten, der kleinen Entente, kam das Motiv der Sicherung der Friedensverträge hinzu). Daher teilweise starke Verminderung der Effektivbestände in Frankreich und England, Wiederabschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in England, Entwaffnung Deutschlands usw. Die Lehren des großen Krieges wurden wohl theoretisch gezogen und was die technische

Ausrüstung betrifft, nicht aber in den Fragen der Organisation des ganzen Landes für den Krieg, der Erziehung und Aufbietung der nötigen Massen für die Armee, kurz in den Fragen der Wehrverfassung und der Organisation des Krieges. Es waren bloß die, jenen unmittelbaren, zerrüttenden Kriegsfolgen entrückten Vereinigten Staaten, die dies tun konnten mit dem National Defence Act von 1920.

Die Niederwerfung der Arbeiterklasse, die relative Stabilisierung des europäischen Imperialismus seit 1924 und ihre Folgen: die akute Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze in der ganzen Welt, die neuen Kolonialkriege und die Vorbereitungen zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, haben auch auf militärpolitischem Gebiet eine neue Lage geschaffen. Man kann nun großzügig daran gehen, nach den Lehren des letzten imperialistischen Weltkrieges den nächsten vorzubereiten.

Die wichtigsten Gesichtspunkte, die wir mehr oder minder in allen neueren Armeeorganisationen wiederfinden, sind:

1. Die Verbindung der militärischen Mobilisierung mit der Mobilisierung der gesamten ökonomischen Hilfskräfte des Landes durch Schaffung von genauen Plänen und besonderen Aemtern oder Kommissionen zur „industriellen Mobilisierung“ (wie z. B. in den USA, in Frankreich, Italien, Spanien).

2. Herabsetzung der aktiven Dienstzeit auf 1—1½ Jahre und Verbesserung des militärischen Wertes der Reserven durch militärische Jugendausbildung, Ausdehnung der jährlichen Uebungen, besonders der Felddienstübungen in größeren Einheiten (Vermehrung der Truppenübungsplätze, Einführung militärischen Unterrichts an den Schulen unter Aufsicht von Offizieren, wie in Italien und Frankreich).

3. Gleichzeitige Verstärkung der ständigen Kaders (Rahmen zur Auffüllung mit Reserven) und der „Deckungsgruppen“ (d. h. der sofort schlagfertigen Teile der Armee, die eine Mobilisierung der Reserven zu „decken“ haben). Ihre bessere Bewaffnung und zum Teil Zusammensetzung aus unbedingt zuverlässigen Söldnerelementen.

4. Erhöhung der Mobilisierungsbereitschaft durch besondere Mobilmachungsorgane („Mobilmachungsinspektionen“ in Italien, „Mobilmachungszentren“ in Frankreich), die der Truppe zum Teil die Arbeit für die Mobilisierung der Reserven abnehmen. Ferner durch Einschlebung einer Zeit der Bereitschaft, „disponibilité“ (Frankreich, drei vollzählige Jahrgänge), oder „Beurlaubung“ (Italien ¼ Jahrgang) zwischen aktivem Dienst und erster Reserve, was dem Kriegsminister eine „unauffällige“ Mobilisierung ermöglicht (in Frankreich z. B. ohne Befragung des Parlaments).

5. Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (z. B. in den Dominions Kanada, Australien, Südafrika, Neuseeland und mehreren Kolonien Großbritannien, freilich nur für Weiße). Erweiterung der Dienstpflicht durch Einführung einer zivilen Arbeitsdienstpflicht, auch für Frauen (z. B. Frankreich).

Alle diese Punkte kann man folgendermaßen zusammenfassen: die Militarisierung der breiten Massen und des gesamten Lebens, die nach dem letzten Weltkrieg einen Still-

stand oder teilweisen Rückgängerfahren hatte, macht wiederum einen gewaltigen Schritt vorwärts. Die Theorien von den „kleinen hochqualifizierten Heeren“\* anstelle der Massenheere des letzten Krieges sind schlagend widerlegt: der Imperialismus bereitet mit allen Mitteln eine neue, noch gewaltigere Mobilisierung der Massen zum Kriege vor.

Schon diese Tatsache allein würde genügen, um uns im Rahmen unseres Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und den Militarismus vor neue theoretische Fragen und praktische Aufgaben zu stellen. Neu insofern, als sie nicht bloß die Arbeit in der Armee, nicht die Schaffung proletarischer Selbstwehrformationen, nicht die unmittelbare Organisation des Aufstandes betreffen, auch nicht die antimilitaristische Agitation im allgemeinen, alle die Fragen, die wir bisher meist in unserer Literatur behandelt haben, sondern die politische Stellung zu den Fragen der Wehrverfassung, die zuletzt anläßlich der großen Heeresreformen Englands und Frankreichs und der deutschen Militärvorlagen in den Jahren 1910 bis 1914 in der Arbeiterbewegung debattiert wurden.

Dazu kommt aber noch eine zweite Tatsache: bei dieser neuen Militarisierung der Massen bedient sich der Imperialismus auch neuer Methoden, sowohl in der Sache selbst (darüber später), wie in ihrer ideologischen Vorbereitung. Er versucht, die Militarisierung durch kleinbürgerlich-antikapitalistische\*\*, pazifistische oder „revolutionär-demokratische“ Ideologien zu maskieren. Ein klassisches Beispiel ist die französische Armee reform, die als das legitime Kind von Jean Jaurès ausgegeben wird. Und nicht nur in Frankreich macht sich der Militarismus geschickt die Ideologie des alten demokratisch-sozialdemokratischen Milizprogramms der nation armée, der nationalrevolutionären Kriege usw. für seine Zwecke zurecht. Dasselbe geschieht in allen Ländern.

Die nötige Ideologie aber liefert — die Sozialdemokratie. Es ist kein Zufall, daß der Chef des Faschismus, Mussolini, der 1915 den imperialistischen Krieg als revolutionäre Tatsache anbetete, aus der Sozialdemokratie hervorgegangen ist. Damals sind nur wenige Sozialdemokraten in seine Fußtapfen getreten (z. B. Lensch). Heute werden alle Vorbereitungen getroffen, um diese Richtung zu einer Massenbewegung zu machen. Die pazifistische Ideologie der Abrüstung, die in der Nachkriegszeit dominierte, wird ersetzt oder ergänzt durch die „alten, revolutionären“ Ideen der „Wehrhaftigkeit“, der „Volksbewaffnung“. Für die französischen und belgischen Sozialdemokraten hat es keiner großen Umstellung bedurft, weil dort diese Ideologie der Vorkriegszeit noch ununterbrochen lebendig war. Paul Boncour, der Vertreter der neuen französischen Armeegesetze in der Kammer, hat schon seit 1920 unwidersprochen eine Agitation im Sinne dieser Gesetze und im Namen der sozialistischen Partei entfaltet. In Belgien hat Emile Vander-

\* Die Tendenzen, die tatsächlich in dieser Richtung wirkten, sind freilich nicht rückgängig gemacht, sondern „dialektisch“ in die neue Massenmilitarisierung aufgenommen worden (siehe den obigen Punkt 3).

\*\* Schon der amerikanische National Defence Act 1920 ist — wie später das französische loi sur l'organisation generale de la nation vom April 1926 mit dem Anspruch aufgetreten, die Kriegsgewinne zu beseitigen.

velde 1922 in einer kleinen Broschüre\*, in der er als Affe von Jaurès auftrat, einen Abänderungsvorschlag zum geltenden Militärgesetz von 1913 begründet, der unter anderen (von Jaurès abgeschrieben) Dingen die militärische Jugenderziehung, Militarisation der kriegsnotwendigen Industrien, die Zivildienstpflicht usw. fordert, alles unter der „revolutionären“, demokratischen Maske der Milizidee.

Interessant ist, daß sich jetzt auch in der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie eine Richtung zu bilden beginnt, die der bisher zur Täuschung der Massen zweckmäßigen Abrüstungsidee die revolutionär aufgeputzte Idee der „Wehrhaftigkeit“ und „republikanischen Landesverteidigung“ entgegensetzt. Seit Anfang 1926, wo die ersten Stimmen in dieser Richtung laut wurden, hat diese Ideologie große Fortschritte gemacht und mit dem kürzlich von der deutschen Sozialdemokratie herausgegebenen Buch von Julius Deutsch über „Wehrfrage und Sozialdemokratie“ eine sehr geschickte „theoretische“ Begründung gefunden. Bisher — wie Anfang 1926 hat Hilferding auch auf dem Kieler Parteitag vor kurzer Zeit noch gegen diese Ideologie polemisiert — hat die deutsche Sozialdemokratie entsprechend den Interessen des deutschen Imperialismus diese Parolen noch nicht für zweckmäßig gehalten, was verständlich ist wegen der günstigen außenpolitischen Chancen, die die Abrüstungsparole dem „abgerüsteten“ Deutschland bot. Dies ändert sich jetzt. Der deutsche Imperialismus — nachdem die Abrüstungsmanöver zwecklos geworden — braucht eine gute „demokratische“ Deckung zur Durchsetzung seiner Rüstungspläne. Die Sozialdemokratie ist bereit, sie ihm zu liefern, indem sie sich der Stellung der französischen und belgischen Sozialdemokratie nähert. Dies zeigt — trotz der Polemik in Kiel — die Tatsache, daß W e l s, der Parteivorsitzende, die Haltung der französischen Sozialisten zur Militärreform ausdrücklich gebilligt und den deutschen Sozialdemokraten so das moralische Recht gesichert hat, ähnlich vorzugehen, wenn es „ihre“ Bourgeoisie für zweckmäßig hält. Obwohl zwischen der Abrüstungsidee und der Ideologie der „Wehrhaftigkeit“ bei der Sozialdemokratie keinerlei prinzipieller Gegensatz vorliegt, ist es aus der Geschichte der europäischen Sozialdemokratie verständlich, daß diese „Umrüstung“ (nach dem treffenden Ausdruck des Genossen Bela Kun) mit größeren theoretischen Unkosten vor sich geht.

Worin besteht nun diese Umrüstung? Nicht einfach darin, daß die Sozialdemokratie die „revolutionären Parolen“ der Vorkriegszeit aufgibt und eine neue Ideologie schafft. Sicher hat die Sozialdemokratie die Parolen der Vorkriegszeit aufgegeben. Aber erstens waren diese Parolen nicht alle revolutionär und zweitens hat sie sie nicht jetzt erst aufgegeben. Die konkrete Bedeutung der gegenwärtigen Umrüstung ist nicht die Aufgabe der Vorkriegslosungen, sondern vielmehr das Umsatteln auf andere Elemente der Vorkriegsideologie (auch die Abrüstungslosung ist ja nicht erst nach dem Kriege, sondern schon 1911/12 von Kautsky entwickelt worden), die Anwendung anderer Masken, nämlich statt der Abrüstungsidee der Ideologie der „Wehrhaftigkeit“. Und das Gefährliche an dieser Umrüstung ist gerade, daß sie auftritt mit dem Schein der Rückkehr

\* E. Vandervelde „La Nation armée“, La reorganisation militaire, Bruxelles, 1922.

zur alten revolutionären Milizparole der Vergangenheit (wobei unter der Hand der proletarischen Wehrhaftigkeit die nationale und imperialistische Wehrhaftigkeit unterschoben wird). Man knüpft an die alte revolutionäre Abgrenzung vom Pazifismus an, an die nationalrevolutionäre Kriegspolitik von Marx in den sechziger Jahren, an die Reden von Bebel und das Buch von Jaurès. Dabei wird der Betrug äußerst geschickt durchgeführt (siehe das zitierte Buch von Julius Deutsch). Sicher hat sich der soziale und politische Inhalt der Sozialdemokratie seit der Vorkriegszeit sehr geändert: auch der zahme Opportunismus der Vorkriegszeit ist überwunden. Sie ist eine ausgesprochene „bürgerliche Arbeiterpartei“, ihre Führer sind offen konterrevolutionäre und zum Teil faschistische Elemente. Ideologisch aber — das ist der springende Punkt — zehrt sie noch immer von dem revolutionären Kapital der Vorkriegszeit. Man würde daher die Bekämpfung der neuen Umrüstung und der neuen Ideologie der Wehrhaftigkeit erschweren, wenn man ihren Zusammenhang mit der Vorkriegsideologie übersehen, sie als ganz neue Ideologie betrachten würde.

Aus dieser zweiten Tatsache folgt, daß unser Kampf gegen die neue Massenmilitarisierung unbedingt verlangt eine Aufdeckung aller dieser Betrugsmanöver, vor allem gegen die (auch aus den Tagen des Kriegsausbruches 1914) bekannten Versuche (siehe „Revolutionärer Kampf gegen den Zarismus“), die Stellung von Marx und Engels zur Militärfrage in der Periode der nationalen Kriege zur Rechtfertigung der heutigen militärischen Haltung der Sozialdemokratie in der Epoche des Imperialismus zu verwenden.

Dazu aber kommt noch eine dritte wichtige Tatsache. Die neue Militarisierung der Massen wendet auch in der Sache selbst zum Teil großzügige neue Methoden an. Der imperialistische Weltkrieg hat einerseits eine Menge alter verrosteter Vorurteile der Berufsmilitärs über den Haufen geworfen. Er hat andererseits in den allem Militärzwang abgeneigten angelsächsischen Ländern die allgemeine Wehrpflicht gebracht. Er hat hier die vom Volke sorgfältig abgegrenzten stehenden Heere der mitteleuropäischen Militärmonarchie mit langer Dienstzeit praktisch in nationale „Milizen“, zwar mit dem alten Militärkern, verwandelt. Er hat die Milizorganisationen in Amerika, England und den Dominions zu stehenden Heeren gemacht. Kurz, der Weltkrieg hat überall einen ganz ähnlichen Typus von „Volksheeren“ geschaffen und allen Staaten die großen Nachteile einer ungenügenden Massenmilitarisierung aus reaktionären und Bequemlichkeitsgründen zum Bewußtsein gebracht.

Daher ist der Imperialismus jetzt, vor dem nächsten Krieg gezwungen, zu neuen Methoden zu greifen und er findet sie zum Teil in den alten Minimalforderungen der demokratischen und sozialdemokratischen Wehrprogramme des vorigen Jahrhunderts, beziehungsweise der Vorkriegszeit. Zum großen Teil hat schon der Krieg sie „verwirklicht“ (freilich auf etwas andere Weise als man dachte). Es muß hier auch bemerkt werden, daß die imperialistische Massenmobilisierung in Amerika und England schon seit Beginn des Jahrhunderts unter dem Zeichen der „demokratischen Wehrhaftig-

keit“ à la Schweiz\* stand, anders als bei den europäischen Kontinentalstaaten, wo das preußische Muster kopiert wurde. Diese Tendenz setzt sich nun allgemein durch. Die militärische Jugendausbildung ist fast überall schon eingeführt. Die einjährige Dienstzeit ist in Frankreich verwirklicht, wo sie noch vor dem Kriege als Utopie betrachtet wurde. Es ist eine Tatsache, daß auch in vielen anderen Fragen, z. B. der Frage der Bedeutung der Reserven, der Deckungsarmee, der Offiziersausbildung\*\* usw. die französische Militärreform in entscheidender Weise von Jaurès gelernt hat. Dazu kommt, daß sie fast vollkommen die ideologische Hülle von ihm übernehmen konnte. Wenn aber auch diese Reform nicht das legitime Kind von Jaurès ist, so ist sie unzweifelhaft ein illegitimes, auch wenn er selbst heute die Vaterschaft nicht anerkennen würde.

Dieser wichtigen Entwicklung liegt die Tatsache zu Grunde, daß die meisten der Forderungen des sozialdemokratischen Minimalprogramms vor dem Kriege, wie es z. B. in den bekannten Milizschriften von Bebel entwickelt wird, durch die objektive Entwicklung in den imperialistischen Ländern eine totale Umwertung erfahren haben. Und zwar nicht erst seit dem Kriege, sondern schon seit Beginn des Jahrhunderts, also der Epoche des Imperialismus. Die Unzulänglichkeit dieses Minimalprogramms, z. B. der Parole der Miliz, hat sich schon in der Diskussion mit den Revisionisten (z. B. mit Schippel 1899) signalisiert, sie ist später in den Abrüstungsdebatten Kautsky-Lensch offen zu Tage getreten. In der Tat wurden im letzten Jahrzehnt unter der Losung „Miliz“ — ähnlich wie unter anderen demokratischen Forderungen — sehr verschiedene Dinge verstanden.

Unser jetziger Kampf gegen die Massenmilitarisierung und ihre Deckung durch die Sozialdemokratie verlangt daher auch unbedingt eine Auseinandersetzung mit dem Militärprogramm der Sozialdemokratie vor dem Kriege und der sozialdemokratischen Literatur über die Militärfrage dieser Zeit, die bisher noch fehlt. Die Debatten der Jahre 1898 und 1912 haben keine Klarheit gebracht. Erst Lenins bekannter Artikel aus dem Jahre 1915 „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“ (und seine teilweise Umarbeitung der Artikel „Ueber die Losung der Abrüstung“) hat die Lösung dieser Debatten gegeben. Er bildet auch mit Recht den Ausgangspunkt unserer heutigen Stellungnahme. Aber er genügt nicht mehr: erstens, weil er vor allem die Frage der Abrüstung untersucht, nicht aber die Parole der Miliz, auf deren Untersuchung wir heute das Hauptgewicht legen müssen; zweitens weil er die Erfahrungen des Krieges, der russischen Revolution und der Bürgerkriege noch nicht berücksichtigen konnte. Eine theoretische Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Vorkriegsparole der Miliz

\* Zum Beispiel Roosevelt's Botschaft vom Dezember 1906, die K. Liebknecht in seinem „Antimilitarismus“ zitiert. Im übrigen hat sich die angelsächsische Militärorganisation trotz verschiedener Nachteile als sehr leistungsfähig erwiesen. Die Milizen der englischen Dominions haben im Kriege 11 Infanteriedivisionen und 10 Kavalleriebrigaden ins Feld gestellt, die Territorial-Armee des Mutterlandes 14 Divisionen, die Nationalgarden der nordamerikanischen Bundesstaaten 49 Divisionen, mehr als die Hälfte der amerikanischen Armee (siehe M. Schwarte „Die militärischen Lehren des großen Krieges“, Berlin 1923).

\*\* So zum Beispiel hat die faschistische Militärreform die Idee von Jaurès, die Offiziersausbildung auf die Universitäten zu übertragen bzw. mit ihnen zu verbinden, übernommen.

findet sich in den Thesen des 8. Parteitages der WKP\*. Aber hier ist im wesentlichen bloß die Begründung der Notwendigkeit eines stehenden Heeres für die proletarische Diktatur gegeben, es wird nicht die Grundfrage behandelt, auch werden noch nicht die Konsequenzen für die konkrete Stellung der Partei in den kapitalistischen Ländern in der Militärfrage gezogen. Kurz: eine zusammenfassende theoretische Stellungnahme und eine genaue kritische Analyse der Geschichte der Stellung der II. Internationale zur Militärfrage, in der Art, wie sie Lenin für die Grundfragen des Staates gegeben hat, fehlt noch. Diese Lücke muß jetzt ausgefüllt werden. (Hier sei bemerkt, daß der folgende Artikel nicht den Versuch machen kann, dies zu tun.)

Schließlich sei — als wichtig für unsere jetzige Stellungnahme zur Militärfrage — folgende Tatsache angeführt: Indem der Imperialismus die Massen jetzt bewaffnet und militarisiert, auf den nächsten Krieg vorbereitet — stellt er objektiv die Frage der proletarischen Revolution. Kluge Imperialisten wissen dies (z. B. Eduard David). Zweifellos wird ein neuer Krieg eine unmittelbar revolutionäre Situation in den entscheidenden Ländern Europas schaffen. Die Massen, die dann die Revolution machen werden, werden j e t z t vom Imperialismus selbst bewaffnet, nicht erst nach einem säuberlichen Plan von uns. Die jetzige Militärfrage des Imperialismus steht aber in einem sehr engen Zusammenhang mit der Militärfrage der proletarischen Revolution. Es ist daher unsere Aufgabe, j e t z t s c h o n, nicht erst dann, wenn jene Situation eingetreten, in unserer Stellung zur gegenwärtigen Militärfrage das militärische Programm der proletarischen Revolution auseinanderzusetzen, und zwar vor denselben Massen, die der Imperialismus jetzt unter drückendsten Bedingungen militarisiert. Wenn wir dies j e t z t nicht verstehen werden, dann werden wir später um so weniger dazu in der Lage sein. Das Beispiel des Fehlers der deutschen Partei im Jahre 1923, die die Militärfrage nicht v o r d e n M a s s e n zu stellen verstand, muß eine ernste Lehre sein.

Dabei handelt es sich im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht um eine abstrakte Propaganda der proletarischen Bewaffnung, sondern um eine k o n k r e t e p o l i t i s c h e S t e l l u n g n a h m e zu den Fragen der allgemeinen Wehrpflicht, des Freiwilligensystems, der Miliz, des stehenden Heeres, der Volksbewaffnung usw., die alle eng verbunden sind mit den Grundfragen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg (Abrüstung, der Vaterlandsverteidigung usw.).

Alle diese Fragen sind nicht neu, sondern sehr alt. Aber sie sind jetzt in neuer Form vor den Massen gestellt, sie spielen in der Innenpolitik der verschiedenen Länder zum Teil eine entscheidende Rolle (z. B. Frankreich, Deutschland) und sie müssen jetzt von uns neu beantwortet werden auf Grund der Wiederherstellung der Ansichten von Marx und insbesondere Engels zur Militärfrage, der leninistischen Kritik der ungenügenden und falschen Parolen der II. Internationale, auf Grund der Erfahrungen der

---

\* Unsere Politik in der Frage der Armeebildung „Thesen des 8. Parteitages der KPR im März 1919“. (Siehe L. Trotzki „Die Geburt der Roten Armee“, Verlag für Literatur und Politik, Wien—Berlin, 1924, Seite 165.)

russischen Revolution und der neueren Ergebnisse der imperialistischen Entwicklung. Gerade diese Aufgabe ist in diesem Moment eine der wichtigsten Seiten unseres Kampfes gegen den imperialistischen Krieg.

In dem folgenden Artikel soll nur versucht werden, eine Skizze dieser nötigen Arbeit zu geben\*.

(Schluß folgt.)

BENNET :

## DIE ENGLISCHEN ARBEITER UND DIE USSR

Macdonald drohte die Regierung Baldwins mit zwei Fragen herauszufordern: mit der Frage des Abbruchs der Beziehungen zur USSR und mit der Frage des Zuchthausgesetzes gegen die Gewerkschaften. Anstelle einer Herausforderung hörten wir aber nur eine Reihe kläglicher Reden gegen die Regierung Baldwins mit der Korrektur der Arbeiterpartei, die darauf hinauslief, daß man eine Parlamentskommission zur Untersuchung aller von der englischen Regierung gegen die USSR vorgebrachten Beschuldigungen ernennen müsse. In dem gleichen Geiste wird auch die „Herausforderung“ an die Regierung Baldwin bezüglich der Frage des Zuchthausgesetzes gegen die Gewerkschaften behandelt. Dürftige Reden, farblose Korrekturen und manchmal auch ein ausgesprochenes Auftreten zur Verteidigung der Grundidee des Gewerkschaftsgesetzes.

Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wollte man die Kundgebungen der Parlamentsfraktion aus Anlaß des Bruches mit der USSR als Ausdruck des Verhältnisses der englischen Arbeiterklasse zur ersten proletarischen Republik ansehen. Es ist überaus bezeichnend, daß selbst Clynes, der im Parlament die Korrektur bezüglich der Parlamentskommission begründete, seinen Ton vollkommen veränderte, als er vor eine Arbeiterwählerversammlung treten mußte. Unter Berücksichtigung der Stimmung der Arbeiter sah er sich gezwungen, gegen die Regierung viel schärfer und deutlicher aufzutreten. Er erklärte klar und unzweideutig, daß die Regierung keinerlei Dokumente gegen die USSR zu finden vermöge und sich mit der Fälschung solcher Papiere abgebe. Der Postminister und die gesamte konservative Presse fielen deshalb in der heftigsten Weise über ihn her. Der Innenminister Joynson-Hicks verlangte von ihm im Parlament, er solle seine Anschuldigung zurücknehmen, Clynes wich aber vor der Regierung nicht zurück. Dies bedeutet, daß sich der Druck der Arbeitermassen dieses Mal als stärker erwies als der Druck der herrschenden Klassen.

Wir dürften uns wohl kaum irren, wenn wir behaupten, daß die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung Englands in der Nachkriegsepoche sich im

\* Dieser Artikel wurde vor dem letzten Plenum des EKKI geschrieben. Dies hat die oben aufgeworfenen Fragen durchgearbeitet und gelöst. Die Fortsetzung dieses Artikels wird daher im wesentlichen bloß eine historische Einleitung und Kommentierung dieser Beschlüsse sein können. K. S.

Zeichen des allergrößten Interesses und der außerordentlichen Hinneigung zur Sowjetunion und zu deren Arbeiterbewegung vollzieht. Alle Bemühungen der herrschenden Klassen wie ihrer reformistischen Lakaien, zwischen den Arbeitern Englands und der USSR eine Kluft aufzureißen, erweisen sich als vergeblich. In jeder wichtigen Etappe des Klassenkampfes in England beobachten wir, daß die englischen Reformisten in der einen oder anderen Form vor den Stimmungen der proletarischen Massen Englands in bezug auf die USSR kapitulieren müssen.

Die englischen Arbeiter waren durch alle dem Weltkrieg vorangehenden Ereignisse, aber auch durch jene Veränderungen, die in der Arbeiterbewegung während der Kriegszeit vor sich gingen, gut darauf vorbereitet, um der revolutionären Bewegung in Rußland Aufmerksamkeit, Interesse und Sympathien entgegenzubringen. Gegenwärtig wäre es nun mehr denn je angebracht, aus den Archiven die Protokolle der Konferenz von Leeds, die in dem Zeitabschnitt zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution stattfand, hervorzuholen. Der außerordentliche Kongreß von Leeds vertrat die organisierte Arbeiterbewegung Englands in ihrer Gesamtheit. An ihr nahmen alle Bürokraten sowohl der Gewerkschaften wie der Labour-Party einschließlich Ramsay Macdonalds selbst teil. Dieser Kongreß beschränkte sich nicht nur auf die Absendung eines flammenden Grußes an die Arbeiter Rußlands, er sprach sich auch für die Notwendigkeit der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in England selbst aus.

Man kann sich wohl den Nachweis ersparen, daß diese Resolution niemals durchgeführt worden ist. Nicht umsonst haben ja Reformisten an diesem Kongreß teilgenommen! Sie schlossen sich den Losungen der Arbeiterbewegung an, um deren wirksame Realisierung zu verhindern. Uns interessieren jedoch nicht die englischen Reformisten, die sich von den kontinentalen Reformisten nur dadurch unterscheiden, daß sie ihre Ausbildung in einer besseren Manövrierschule erhielten, und deshalb zuweilen die englischen Arbeiter mit größerem Erfolg zu betrügen und zu verraten verstehen als ihre Brüder in Frankreich und Deutschland. Uns interessieren die breiten Massen der englischen Arbeiterbewegung. Ihre Stimme ertönte genügend laut und genügend überzeugend auf dem Leedser Kongreß. Dieselben Arbeiter begrüßten spontan den großen Oktobersieg.

Um die Linie der englischen Arbeiterbewegung im Jahre 1917 richtig zu begreifen, muß man sich vor Augen halten, daß der Weltkrieg die machtvolle Entwicklung der Streikbewegung unterbrochen hat, von der selbst die Führer des englischen Fabianertums, das Ehepaar Webb, schrieben, daß sie den Keim einer „revolutionären Explosion der gigantischen Industriekonflikte enthalte“. Webbs behaupten, daß mit dem Beginn des Krieges „der ganze innere Kampf durch die Macht der Umstände zum Stillstand kommen mußte“. Dies ist natürlich nicht im entferntesten richtig. Der innere Kampf ging in die Tiefe und schuf eine ganze Reihe neuer Organisationen mit deutlich revolutionärer Einstellung — die Betriebsräte, Arbeiterkomitees, die Bewegung der Massenversammlungen usw. Gerade deshalb widmeten die englischen Arbeiter den ersten Entladungen der Revolution im alten Rußland solche Aufmerksamkeit. Die Regierung ergriff ihrerseits energische Maßnahmen, um die Herstellung eines unmittelbaren Kontaktes zwischen den

Arbeitern Englands und Rußlands zu verhindern. Sie widersetzte sich sogar dem, daß ein so treuer Lakai, wie Ramsay Macdonald, zwecks persönlicher Beobachtung des Entwicklungsganges der revolutionären Ereignisse nach Rußland fahre. Schon damals versicherten sich die englischen Regierungsmänner, ihren Traditionen getreu, der Hilfe der Führer der Arbeiterbewegung. Auf Havelock Wilson fiel das Los eines Handlungers Lloyd Georges im Kampfe gegen die Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zwischen den Arbeitern dieser Länder.

Das auf den Krieg folgende erste Jahr hat überzeugend dargetan, welch tiefen Widerhall der Oktober in den Herzen der englischen Arbeiter gefunden hat. Die Tragödie der englischen Arbeiterbewegung im Jahre 1919 hat Lenin mit folgenden Worten charakterisiert:

„In England gibt es noch keine Kommunistische Partei, es gibt eine frische, mächtige, schnell anwachsende Bewegung unter den Arbeitern, die zu den allergrößten Hoffnungen berechtigt.“

Die Regierung Lloyd Georges hat in der Koalition mit den Reformisten alles nur Erdenkliche getan, um diese frische machtvolle Bewegung niederzuwerfen. Die Regierung Lloyd Georges hat wahnsinnige Gelder vergeudet für die militärische Intervention gegen die Oktoberrevolution. Gleichzeitig hat sie in komplizierter Weise gegen die Arbeiterbewegung in England selbst manövriert, wobei sie ein System kühner Reformen mit frechen Provokationen und grausamen Repressalien verband.

Die Anstrengungen Lloyd Georges und der Reformisten brachten nur unbedeutende Resultate. Die Oktoberrevolution überwand die militärische Intervention, die der Kriegsminister Winston Churchill so freigebig subsidiert hatte. Das Verhältnis der englischen Arbeiter zur USSR fand darin seinen Ausdruck, daß im Jahre 1920 die von den Reformisten geleitete organisierte Arbeiterbewegung unter dem Druck der Arbeitermassen gezwungen war, die erste Delegation nach der USSR zu entsenden.

Die herrschenden Klassen hatten all ihre Hoffnungen auf die Zusammensetzung dieser erster Delegation gesetzt. Einige Mitglieder der Delegation haben die Hoffnungen der englischen Bourgeoisie voll und ganz gerechtfertigt. Hast und Shaw fragten Lenin nach *B e w e i s e n* für die Beteiligung Englands an der Intervention gegen das revolutionäre Rußland. Frau Snowden verfaßte ihren Bericht über die Sowjetrepublik in solchen Tönen und Farben, daß die „Daily Mail“ auch jetzt noch Auszüge aus diesem Berichte benutzen könnte. Der von der Delegation in ihrer Gesamtheit erstattete Bericht entsprach aber ganz den Stimmungen und Hoffnungen der breiten Proletariermassen. Zu dem Gesagten wollen wir noch hinzufügen, daß in dem gleichen Jahre 1920 in England die Kommunistische Partei gegründet wurde, der auch einige Mitglieder der ersten Delegation nach der USSR beitraten, darunter Robert Williams, Alfred Purcell und andere.

Das wichtigste Ereignis des Jahres 1920 ist die Bewegung unter der Losung „Hände weg von Sowjetrußland“. Die englische Regierung war fest entschlossen, Polen in seinem Kriege gegen die Sowjetrepublik aktive Hilfe zu leisten und damit die Aufgabe zu Ende zu führen, deren Lösung mit Hilfe der militärischen Intervention nicht gelungen war. Alles war für den Feldzug bereit, doch in der letzten Minute erhoben die Arbeiter Englands ihre Stimme zum Protest. Das ganze Land

war mit einem Netz von Aktionskomitees bedeckt. Es sah ganz nach wirklicher Revolution aus. Die Reformisten beeilten sich, die Führung der Bewegung in die Hand zu nehmen. Die Aktionskomitees hatten nur zwei Losungen aufgestellt: 1. Hände weg vom revolutionären Rußland und 2. Herstellung normaler politischer Beziehungen zur Sowjetrepublik. Die Regierung Lloyd Georges gab nach, sie verzichtete auf die offene Hilfe für das weiße Polen. Im Interesse eines richtigen Verständnisses für den Umfang dieser Bewegung muß hinzugefügt werden, daß gerade um jene Zeit die Regierung Lloyd Georges gezwungen war, das gleiche Gesetz der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu verabschieden, an dessen „Verbesserung“ die Regierung Baldwin jetzt so eifrig arbeitet. Lord Derby erklärte später, daß die Regierung zwischen der Revolution und einer ausgedehnten Konzession in Form des Gesetzes der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu wählen gehabt habe. Die Regierung wählte das für sie kleinere Uebel.

Im Jahre 1921 nahm die Krise außerordentlich große Dimensionen an. Die englischen regierenden Klassen gingen von Manövern zu grausamen Repressalien über. Das Jahr beginnt mit einem der betrübendsten Ereignisse in der Geschichte des Nachkriegs-England — mit dem Schwarzen Freitag. Die Bourgeoisie hielt sich mit erstaunlicher Schnelligkeit für jene Zugeständnisse schadlos, die sie im ersten Nachkriegsjahr gemacht hatte. Aus der Kommunistischen Partei treten alle aus, die das Jahr 1920 für den Beginn einer sieghaften revolutionären Bewegung in England gehalten hatten. Robert Williams wird einer der Helden des Schwarzen Freitag, Purcell und andere beeilen sich, in den Schoß der reformistischen Bürokratie zurückzukehren.

Der Arbeitermassen bemächtigt sich ebenfalls eine tiefe Enttäuschung. Hunderttausende von Arbeitern kehren den Gewerkschaften den Rücken. Allenthalben und überall findet ein Abbau der Arbeitslöhne statt und in manchen Fällen auch eine Verlängerung des Arbeitstages.

Der Abwanderung der Arbeiter aus den Gewerkschaften entspricht ein schnelles Wachstum der Labour Party, die aus einer kleinen parlamentarischen Gruppe zuerst eine einflußreiche dritte Partei und dann zur Opposition Seiner Majestät wird. Endlich bildet die Labour Party im Ergebnis der Wahlen des Jahres 1923 die erste Arbeiterregierung mit Ramsay Macdonald an der Spitze.

Wenn wir uns der Literatur der Labour Party zuwenden, die sich auf die Jahre ihres märchenhaften Wachstums bezieht, so sehen wir, daß die Frage der Herstellung normaler Beziehungen zu der USSR in dieser Literatur einen ganz hervorragenden Platz einnimmt. Es ist eine Tatsache, daß in der Wahlkampagne, deren Resultat die Bildung der Arbeiterregierung war, die Labour Party mit drei Losungen hervortrat: Annullierung des Versailler Vertrages, Anerkennung der Sowjetrepublik und Verbesserung der Lage der Arbeitslosen.

Es dürfte wohl kaum jemand die Führer der Labour Party besonderer Sympathien für die USSR verdächtigen. Sie haben solche nie bekundet. Der Oktober schreckte sie ebenso sehr wie die Bourgeoisie. Wenn sie aber der Anerkennung der Sowjets eine so nachhaltige Aufmerksamkeit schenkten und diese Forderung zu einer der Losungen ihrer Wahlplattform

machten, so war das nur ein Zugeständnis an die Stimmung der breiten Arbeitermassen, die sowohl in der Zeit der Reaktion wie in der Zeit des revolutionären Aufschwungs ihre Hinneigung zum ersten sozialistischen Staat bekundeten.

Wir gehen nunmehr zur Tätigkeit der ersten Arbeiterregierung unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses der englischen Arbeiter zur USSR über.

Unmittelbar nach der Bildung der Regierung Macdonald war in der Arbeiterbewegung davon die Rede, daß die Sowjetregierung in der ersten Sitzung des neuen Kabinetts anerkannt, und daß als Botschafter O'Grady ernannt werden würde, der als Arbeiterführer mit großen Sympathien für die USSR bekannt war. Die Regierung Macdonalds war aber um diese Zeit schon zu der Ansicht gelangt, daß eine Wahlplattform keineswegs Verpflichtungen gleichzustellen sei, die einer sofortigen Ausführung unterliegen. Sie beeilte sich, die herrschenden Klassen davon in Kenntnis zu setzen, daß sie zunächst nicht beabsichtige, den Versailler Vertrag zu annullieren; ebenso enthielten die Berichte über die erste Sitzung des Kabinetts der Arbeiterminister keinen Ton über die Anerkennung Sowjetrußlands.

Der Frontwechsel hinsichtlich des Versailler Vertrages ging an den englischen Arbeitern spurlos vorüber; diese wollten sich jedoch keineswegs damit zufrieden geben, daß die englische Regierung ihre Verpflichtung in bezug auf Sowjetrußland nicht erfüllte. Der verstorbene Karmikel, der damals Sekretär des Londoner Gewerkschaftsrats war, warnte Macdonald in ruhiger und klarer Weise, daß die Nichtanerkennung Sowjetrußlands Straßendemonstrationen der englischen Arbeiter nach sich ziehen werde. Macdonald kannte Karmikel gut. Er wußte, daß Karmikel in Wirklichkeit ein gemäßigter Pazifist war. Er begriff, daß eine Warnung seitens Karmikels eine Widerspiegelung der Stimmung der Arbeitermassen bedeute. Der Jünger des Fabius Cunctator mußte sich nun beeilen. In der zweiten Sitzung des Kabinetts wurde Rußland anerkannt. Die Revanche Macdonalds fand nur darin ihren Ausdruck, daß er an Stelle eines Botschafters lediglich einen Geschäftsträger nach Sowjetrußland entsandte, und diesen nicht aus den Reihen der Arbeiterpartei, sondern aus der Beamtschaft Curzons wählte. O'Grady speiste er mit einem Gouverneurposten in einer der englischen Kolonien ab.

Auf die formelle Anerkennung Sowjetrußlands folgte die Einberufung einer englisch-sowjetrussischen Konferenz zwecks Regulierung aller strittigen Fragen zwischen beiden Ländern. Diese Konferenz wurde durch Macdonald mit einer feindseligen, antisowjetistischen Rede eröffnet, von der man sagte, daß Macdonald Curzon mit Erfolg in den Schatten gestellt habe. Selbst Austen Chamberlain bemerkte, daß der Ausdruck Macdonalds über „das Affentheater“ der Sowjets auf einer Konferenz kaum angebracht gewesen sei, deren Zweck die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen war. Die Rede Macdonalds hatte jedoch bei den englischen Arbeitern die gegenteilige Wirkung; mit verdoppelter Aufmerksamkeit folgten sie dem Verlaufe dieser Konferenz und boten alle Kraft auf, damit diese mit einem formellen Verträge zwischen beiden Ländern endige.

Trotz des Druckes der Arbeiterklasse erhielten wir am 6. August 1924 die kurze, jedoch außerordentlich bedeutsame Mitteilung, daß die Konferenz

abgebrochen sei, daß die Konferenzteilnehmer zu keinem Uebereinkommen gelangen könnten.

Die kurze Mitteilung, als Schlagzeile auf der ersten Seite des „Daily Herald“: „Die englisch-sowjetrussische Konferenz ist abgebrochen“, rüttelte die Arbeitermassen mit blitzartiger Schnelligkeit auf. Die Mitglieder des Generalrats ebenso wie jene Mitglieder der Parlamentsfraktion, die in einem engeren Kontakt mit den Arbeitermassen standen, setzten Macdonald auseinander, daß ein Bruch mit Rußland zugleich einen Bruch mit dem aktiven Teil der proletarischen Bewegung in England selbst bedeute. Macdonald lenkte nicht nur ein, sondern legte eine außerordentliche Behendigkeit an den Tag. Am 7. August erschien schon die Mitteilung, daß die Konferenz ihren Fortgang nehme, und am 8. August wurde der englisch-sowjetrussische Vertrag unterschrieben.

Die herrschenden Klassen wollten Macdonald die Kapitulation vor dem Willen der englischen Arbeiterklasse nicht verzeihen. Der am 8. August unterschriebene Vertrag war einer der beiden Punkte (der zweite Punkt war die Angelegenheit Campbell), durch die der Sturz der Regierung Macdonald herbeigeführt wurde.

In dem gleichen Jahre 1924 waren wir Zeugen einer grandiosen Demonstration des Verhältnisses der englischen Arbeiter zur USSR. Wir denken dabei an den Huller Kongreß. Wir möchten auch darauf hinweisen, daß in dem Zeitraum zwischen der ersten Begegnung der Sowjetgewerkschaften mit den englischen Gewerkschaften und dem Kongreß in Hull auch der Wiener Kongreß Amsterdams stattgefunden hat, der im Zeichen der Kampagne gegen den Kommunismus und gegen die Sowjets tagte. Eine Dissonanz in die Arbeit dieses Kongresses brachten die englischen Gewerkschaften, die sich dem Wunsche der Führer Amsterdams, alle Verhandlungen mit dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften abzubrechen, widersetzten. Der Amsterdamer Kongreß mußte nachgeben. Er beschloß, die Verhandlungen fortzusetzen und machte nur den Vorbehalt, daß dies ohne Verletzung der „Würde des Internationalen Gewerkschaftsbundes“ geschehen müsse.

Der Huller Kongreß verdient besonderes Interesse. Auf diesem Kongreß beobachtete man die Halbheit der reformistischen Führer, die gewohnt sind, ihre Direktiven und Hinweise von den herrschenden Klassen zu erhalten, andererseits jedoch zur Berücksichtigung der Tatsache gezwungen sind, daß sie ihr Gehalt von den Arbeitern beziehen. Die Kühnsten unter den Reformisten, wie Maxton und Cramp, versuchten, einige Ausfälle gegen die USSR zu machen. Purcell, der auf diesem Kongreß den Vorsitz führte, gab sich alle erdenkliche Mühe, um die Annahme einer klaren Resolution über die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu verhindern. Es gelang ihm ganz zum Schlusse der Konferenz, eine Resolution zur Annahme zu bringen, gemäß der der Kongreß den Generalrat bevollmächtigt, „ü b e r d e n I n t e r n a t i o n a l e n G e w e r k s c h a f t s b u n d (von uns gesperrt) die nötigen Schritte zur Herbeiführung einer Begegnung beider Parteien zu unternehmen“. Purcell wußte natürlich, daß die Resolution, die die ganze Angelegenheit in die Hände Amsterdams legt, einem Begraben der Einheit gleichkommt.

Zugleich bereitete der Kongreß in seiner Gesamtheit dem Genossen Tomski große Ovationen. Die bürgerliche Presse behauptete durchaus richtig, daß der Kongreß in dieser Stunde an eine Gesellschaft von Freunden der USSR erinnert habe. Diese Demonstrationen und Ovationen spiegelten die Stimmung Maxtons, Cramps und Purcells etwa so wider, wie die Anerkennung Sowjetrußlands eine Aeußerung des Willens und der Initiative Macdonalds war. In all diesen Fällen waren die Reformisten, entgegen ihrem eigenen Willen, gezwungen, dem deutlichen Druck der proletarischen Massen nachzugeben.

Die erste Tat des auf dem Huller Kongreß neugewählten Generalrats war die Entsendung einer Delegation nach Sowjetrußland. Die Delegation verließ England in dem Augenblick, wo breite Massen der englischen Arbeiterbewegung noch in der Illusion lebten, daß sie mit Hilfe der Arbeiterregierung den Sozialismus ohne Revolution verwirklichen würden. Von diesen Empfindungen der neuen Aera war auch die in Rußland eingetroffene Delegation durchdrungen, zu deren Bestand auch einige der Delegationsteilnehmer des Jahres 1920 gehörten. Dadurch erklärt sich in hohem Maße jene Tatsache, daß die Delegation sich in Rußland frei bewegte, daß sie mit kühnen Erklärungen und Deklarationen über Georgien, über die Rote Armee, über die Sowjetordnung, über die proletarische Macht usw. hervortrat.

Um den Zeitpunkt der Rückkehr der Delegation nach England hatte sich jedoch das Bild kraß verändert. Die Konservativen, denen es mit Hilfe des gefälschten Sinowjew-Briefes gelungen war, einen ausgesprochenen Sieg davonzutragen, dessen Ergebnis die Rückkehr der Diehards zur Macht unter der Losung des Kampfes gegen die USSR war, beherrschten die Situation. Ueber die „Neue Aera“ senkte sich ein schwarzer Vorhang.

Der Generalrat war zu Tode erschrocken. Auch die Delegation verlor den Mut. Die konservative Presse hetzte in der heftigsten Weise gegen die Delegation wegen ihrer Kundgebungen in Moskau. Der Generalrat und die Delegation selbst schwiegen hartnäckig. Es ist schwer zu behaupten, wie lange sich dieses Schweigen hingezogen hätte, wenn die Minderheitsbewegung sich nicht beeilt haben würde, eine spezielle Arbeiterkonferenz zur Frage der Einheit der Gewerkschaftsbewegung einzuberufen. Die Konferenz fand im Januar 1925 statt. Es waren ungefähr 600 Delegierte erschienen, die die verschiedensten, darunter auch überaus angesehene Organisationen der Arbeiterbewegung Englands, vertraten. Der Generalrat begriff, daß diese Konferenz nicht nur der Ausdruck der Macht der Minderheit war, sondern daß sie die Hinneigung der englischen Arbeiter zur Einheit mit den Sowjetgewerkschaften bedeutete. Nach dieser Konferenz beeilte sich der Generalrat, den Bericht seiner Delegation zu billigen, in der u. a. gesagt war, daß „die SSR ein imponierender und dauerhafter Staat“ sei, daß „in Rußland die Arbeiter die herrschende Klasse seien“ und daß „die Mehrzahl der Delegationsmitglieder zum ersten Male die von den Arbeitern zum Schutze des Staates gebildete und organisierte Armee, die sie selbst kontrollieren, zu Gesichte bekommen hätten“.

Die Bestätigung dieses Berichtes ebnete den Boden für die Bildung des Anglo-Russischen Beratungskomitees (April 1925).

Die oben angeführten kurzen Tatsachen gestatten die Schlußfolgerung, daß die Bildung des Anglo-Russischen Beratungskomitees der Gewerkschaft-

ten, wie der Abschluß des englisch-sowjetrussischen Vertrages (8. August 1924) nicht ein Werk der Reformisten, sondern der englischen Arbeiter war, die den Führern ihren Willen aufzwingen. Es darf uns deshalb auch nicht weiter wundernehmen, daß der Generalrat das Anglo-Russische Beratungskomitee hartnäckig und systematisch sabotierte, ebenso wie die Regierung Macdonalds, im Grunde genommen, ihre Verpflichtung bezüglich der vollen Anerkennung der USSR in der ersten Sitzung des Kabinetts der Arbeiterregierung sabotierte.

Die Frage des Anglo-Russischen Komitees war zum erstenmal auf dem Kongreß in Scarborough (1926) Gegenstand der Diskussion. Dem Kongreß wurden zwei Resolutionen vorgelegt: die eine durch den Schneiderverband, die andere durch den Bergarbeiterverband. Der Unterschied zwischen diesen beiden Resolutionen bestand darin, daß die erste Amsterdam gar nicht erwähnt und nur den Vorschlag macht, alle Maßnahmen für die Sicherung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung der Welt zu treffen, während die zweite Resolution dem Generalrat vorschlägt, dafür Sorge zu tragen, daß in die Amsterdamer Internationale auch „die Arbeiter Chinas, Indiens, Rußlands und der ganzen Welt“ aufgenommen werden. Beide Resolutionen wurden der Ausgleichskommission überwiesen, die die Resolution der Schneider zur Grundlage nahm und die wenigen Worte hinzufügte: „Ueber die Amsterdamer Internationale“. Die Rechten frohlockten. Ihr Frohlocken teilten nach allen Seiten auch die sogenannten Linken. Die Minderheit legte jedoch Protest ein, und zuguterletzt wurden die Worte „Amsterdamer Internationale“ durch die Worte „Allgemeine Internationale“ ersetzt.

Die auf dem Kongreß von Scarborough herrschende Stimmung war offenen Kundgebungen der rechten Reformisten wenig günstig. Der Kongreß in Scarborough war unmittelbar mit jenem Tage verknüpft, den die englischen Arbeiter als den „Roten Freitag“ bezeichneten, als die Regierung Baldwin gezwungen war, für die Dauer von neun Monaten auf die Kürzung des Arbeitslohnes und die Verlängerung der Arbeitszeit der Bergarbeiter zu verzichten. Die Reformisten zogen es vor, zu lavieren. Außerstande, sich der Annahme der Resolution zu widersetzen, rächten sie sich an dem Kongreß dadurch, daß sie die Wahl eines noch mehr rechts gerichteten Generalrats erreichten, zu dem Thomas und Bondfield gehörten, und der in der Folge den eingefleischten Reaktionär Pugh zum Vorsitzenden wählte.

Anläßlich seiner Verteidigung der Resolution über die Einheit unterstrich Lansbury folgende zwei Momente: 1. das englisch-russische Beratungsorgan muß in ein Anglo-Russisches Komitee für den Kampf um die Einheit umgewandelt werden, und 2. die Allgemeine Internationale ist ohne die Rote Gewerkschaftsinternationale zum Fiasko verurteilt. Niemand trat dieser Rede entgegen. Nur Cramp besaß den Mut, den Vorsitzenden zu fragen — der Vorsitzende dieses Kongresses war Swales — ob die Interpretation Lansburys für den Generalrat verpflichtend sein werde. Swales erwiderte überaus ausweichend. Er sagte, der Generalrat werde selber entscheiden, was für ihn verpflichtend und was nicht verpflichtend sei. Wir wissen jetzt, wie sich der neue Generalrat entschied. Schon die Rede Lansburys über die Notwendigkeit, das Beratungskomitee in ein Komitee des Kampfes zu verwandeln, war das Resultat der Befürchtungen der englischen Arbeiter, der Generalrat werde die Sache der Einheit mit den russischen Gewerkschaften

nach wie vor sabotieren. Der neue Generalrat, der es vollkommen verdiente, als Thomas-Rat bezeichnet zu werden, setzte nicht nur die Sabotage des Anglo-Russischen Komitees fort, sondern betrat sogar den Weg eines hartnäckigen Kampfes gegen dasselbe.

Eine neue Phase des Kampfes gegen das Anglo-Russische Komitee setzte nach dem Generalstreik ein. Der Generalstreik bildet eine Scheide in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Vor dem Generalstreik praktizierte die Bürokratie mit Erfolg die innere Arbeitsteilung. Der eine Teil trat offen für die Verteidigung der Reaktion ein, während der andere Teil der Reaktion mit Hilfe der die Massen betörenden linken Phrasen Beistand lieh. In der Situation des angespannten Kampfes wurde diese Arbeitsteilung unmöglich. Schon in den ersten Tagen des Generalstreiks weigerte sich der Generalrat, eine Geldhilfe vom Allrussischen Generalrat der Gewerkschaften anzunehmen. In der Folge weigerte er sich in entschiedenster, energischster Weise, gemeinsam mit dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften sich des Anglo-Russischen Beratungskomitees zwecks wirksamer Hilfe für die Gewerkschaften zu bedienen. Der Generalrat wußte, er mußte es wissen, daß das Anglo-Russische Beratungskomitee zum Zwecke des Kampfes gegen den Angriff des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr und für die Gewerkschaftseinheit gebildet wurde. Der Kampf der Bergarbeiter war ein Abwehrkampf. Der Angriff des Kapitals war eine handgreifliche Tatsache, und dessen ungeachtet ergaben die auf Initiative des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften zum Zwecke der Hilfeleistung an die Bergarbeiter einberufenen Konferenzen des Anglo-Russischen Beratungskomitees keinerlei Ergebnis. Der Generalrat hatte diese Konferenzen sabotiert.

Von Interesse ist es jedoch, daß die Vertreter des Generalrats sich zuerst zur Pariser und dann zur Berliner Konferenz begaben. Das Anglo-Russische Komitee zu ignorieren, waren sie außerstande. Sie protestierten verächtlich dagegen, daß der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften die Tätigkeit des Generalrats während des Streiks, und besonders am 12. Mai, als Verrat bezeichnete, für den die sogenannten Linken verantwortlich seien. Einen Bruch herbeizuführen, wagten sie jedoch nicht. Sie wagten es deshalb nicht, weil sie genau wußten, daß die Arbeiter ihnen diesen Bruch nicht verzeihen würden.

Nach der Niederlage der Bergarbeiter beginnt der Generalrat sich bei weitem wohler zu fühlen. Er befindet sich unter den Fittichen einer grausamen und starken Reaktion, die es vermocht hatte, nicht nur den Bergarbeitern, sondern der gesamten englischen Arbeiterbewegung einen vernichtenden Schlag zu versetzen. In den Reihen des Generalrats verdichtete sich der Wunsch, diesen Moment der Depression in der Arbeiterbewegung auszunützen, um mit dem verhaßten Anglo-Russischen Beratungskomitee endgültig zu brechen. Der Generalrat bringt jedoch nicht den Mut für einen solchen Schritt auf. Er zieht es vor, sein Ziel auf Umwegen zu erreichen.

Nach der Niederlage der Bergarbeiter tritt der Generalrat mit einem neuen Statutenentwurf für das Anglo-Russische Komitee hervor. Der neue Vorschlag läuft darauf hinaus, die Statuten des Anglo-Russischen Komitees einzuschränken und dem einen Teil des Anglo-Russischen Komitees zu verbieten, sich in die Angelegenheiten des anderen Teiles einzumischen. Die einen erblicken in diesen neuen Satzungen eine Garantie gegen die Ent-

larvung ihrer Verbrechen durch den Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften, die anderen hoffen, daß dieser Vorschlag den Bruch zur Folge haben werde, wobei die Initiative zu diesem Bruche vom russischen Teile des Anglo-Russischen Komitees ausgehen werde.

Der Generalrat hatte sich jedoch in seinen Kalkulationen verrechnet. Der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften erkannte die Absichten der Feinde des Anglo-Russischen Komitees und erklärte sich mit der Annahme der neuen Satzungen einverstanden, in der Erkenntnis, daß das Wesentliche nicht die Satzungen und nicht der Generalrat sei, sondern die Tatsache, daß das Anglo-Russische Komitee eine bestimmte Form der Verbindung zwischen den Gewerkschaften der USSR und den Gewerkschaften Englands ist. Der Generalrat ist eine provisorische, vorübergehende Erscheinung. Die Satzungen konnten den Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften nicht hindern, die Kampagne des Generalrats bezüglich der Gewerkschaftsbill an den Pranger zu stellen, — nach der Berliner Konferenz, auf der die Satzungen zur Annahme gelangt waren. Der Generalrat entschließt sich noch immer nicht zu einem Bruche, obwohl viele seiner Mitglieder den leidenschaftlichen Wunsch dazu hegen —.

Die Sabotage des Generalrats wird selbstverständlich auch weiter ihren Fortgang nehmen. Gleichzeitig ist der Generalrat gezwungen, dieses Komitee beizubehalten und sich von Zeit zu Zeit den Arbeitern gegenüber zu rechtfertigen. Selbst auf der Konferenz der eingefleischten Bürokraten (Januar 1927), die zu dem Zwecke einberufen wurde, die Bergarbeiter wegen ihres heroischen Kampfes zu verurteilen, war der ehemalige Vertreter des Generalrats, der Bürger Pugh, gezwungen, eine überaus diplomatische und ausweichende Erklärung abzugeben, weshalb der Generalrat während des Generalstreiks auf die Hilfe des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften verzichtet habe. Er versicherte die Bürokraten: „Wir haben auf die Hilfe nicht verzichten und das Gefühl des Antagonismus gegenüber den russischen Gewerkschaften nicht aufkommen lassen wollen“. Der Verzicht war seiner Meinung nach nur ein strategisches Manöver gegen Baldwin, der versucht habe, den Generalstreik als Werk Moskaus hinzustellen. Angeblich im Interesse jenes Streiks, dem die russischen Gewerkschaften Hilfe bringen wollten, sei es zweckmäßiger gewesen, auf die Annahme des Geldes zu verzichten.

Es ist selbstverständlich, daß die Sabotage des Anglo-Russischen Komitees durch den Generalrat der reaktionären Regierung Baldwin in ihrem Vorstoß gegen die USSR Beistand geleistet hat. Aber schon die Ereignisse, die auf den Bruch gefolgt sind, zeigen, daß das Vertrauen der englischen Arbeitermassen zur USSR nicht im mindesten erschüttert ist. Der Genossenschaftskongreß, der vom ganz rechts stehenden Teil der Arbeiterbewegung geleitet wird, tagte im Zeichen einer offenkundigen Demonstrierung der Sympathien für die USSR. Gleich in den ersten Tagen nach dem Bruche mit der USSR vermochte das Blatt „Sunday Worker“ ein zahlreich besuchtes Protestmeeting gegen den Bruch einzuberufen. Endlich haben die Herren Birkenhead und Hicks ihren Ton merklich gemäßigt und sprechen selbst davon, daß man den Bruch als provisorisch ansehen müsse. Wir begreifen, daß diese neuen Reden der Herren Birkenhead und Hicks den Zweck haben, die Provokationen und die neuen Verbrechen, die der englische Im-

perialismus gegen die USSR begeht und vorbereitet, zu maskieren. Die Tatsache jedoch, daß man, um diese Verbrechen zu begehen, zu einem überaus komplizierten Maskierungssystem greifen muß, zeugt davon, daß die von der konservativen Regierung während der ganzen Zeit ihrer Herrschaft gegen die USSR geübte grausame Hetze, eine Hetze, die von einem ungeheuren Teil der reformistischen Führer der Arbeiterbewegung unterstützt wird, die Sympathien der proletarischen Massen für den ersten sozialistischen Staat nicht erschüttert hat.

B. FERDI:

## DIE CHINESISCHE REVOLUTION DARF NICHT DEN KEMALISTISCHEN WEG NEHMEN\*

### Das Problem des Feudalismus

In unseren beiden vorhergehenden Artikeln haben wir die Umstände analysiert, die zur Niederlage der Bewegung der armen Bauern der Türkei führten und es der entstehenden anatolischen Bourgeoisie ermöglichten, ihre Hegemonie über die national-demokratische Bewegung aufzurichten. Wir haben auch gesehen, daß nach dem Sieg des Unabhängigkeitskrieges die Kemalisten, obwohl sie in der Liquidierung der Ueberreste des Feudalismus fortfuhren, ihre ganze wirtschaftliche Aktivität in der Richtung des Kapitalismus orientierten. In dem vorliegenden Artikel wollen wir untersuchen, inwieweit man die chinesische Revolution mit der Revolution in der Türkei vergleichen kann, sowie die Gründe, aus denen heraus in China die revolutionäre Bewegung weitaus mehr Aussicht hat, einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg einzuschlagen.

Die relative Schwäche der Bourgeoisie, verglichen mit dem Proletariat, spielt in der Türkei keine entscheidende Rolle. Auch in der Türkei befinden sich, ebenso wie in China, die Mehrzahl der kapitalistischen Unternehmen (Bergwerke, Transport, Industrien) in den Händen der Ausländer. Das bewirkt auch dort, daß sich das Proletariat schneller entwickelt als die nationale Bourgeoisie. Aber das Proletariat der wichtigsten Zentren der Türkei war durch die Imperialisten von den Zentren der nationalen Bewegung abgeschnitten.

Sehr viel wichtiger ist die Frage der Ueberreste des Feudalismus und der Ausbeutung der Bauernschaft. Es ist unbestreitbar, daß in Hinsicht auf die Landwirtschaft die Türkei schon Anfang des XX. Jahrhunderts ein höheres Entwicklungsstadium erreicht hatte als das heutige China. Die großen Reformen der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts hatten schon alle Sitten und Gewohnheiten hinweggefegt, die sich aus den Feudalbeziehungen ergaben, und weniger primitive, wenn auch für die armen und landlosen Bauern nicht weniger drückende Ausbeutungsformen begünstigt. Um 1850 herum konnte man in gewissen Provinzen noch völlig allmächtige, wie echte

\* Siehe die Nummern 17 und 22 dieser Zeitschrift.

Feudalherren ganz nach ihren Launen gebietende Militärgouverneure antreffen, die absolut den bürokratischen Militärkasten des heutigen China vergleichbar waren. Aber unter der Regentschaft Abdul Hamids war der Zentralismus bereits soweit vorgeschritten, daß die Gouverneure keine andere Funktion mehr hatten, als die Autorität der Hohen Pforte zu repräsentieren.

Begünstigt durch die große Entfernung und das Fehlen von Kommunikationen, war nur in einigen Ostprovinzen Kleinasiens der Feudalismus nicht beseitigt worden. Er hat sich dort bis nach der nationalen Revolution gehalten. Aber diese Provinzen haben in der Revolution nur eine ganz sekundäre Rolle gespielt.

So waren die Gegensätze, die die türkischen Bauern dazu trieben, sich gegen ihre Ausbeuter zu erheben, nicht so tiefgehend, um ihrer Erhebung die gleiche machtvolle Breite zu geben, wie sie die Erhebung der chinesischen Bauern auszeichnete. Der Kampf richtete sich nur gegen die großen Grundbesitzer und Wucherer. Und wenn es der regulären Armee nicht gelungen wäre, die Bewegung der armen Bauern zu besiegen, so würden die Kemalisten sich zweifellos bemühen, sich auf dem Wege von Zugeständnissen mit ihnen zu verständigen. In diesem Falle wäre ein Bruch im Schoße der „Vereinigung für die Verteidigung der Rechte Anatoliens und Rumeliens“ unvermeidlich, und die Grundbesitzer und ihr Anhang würden sich gegen die demokratische und agrarische Revolution kehren.

Selbst nach der Vernichtung ihrer bewaffneten Banden war die Rolle der Bauern in dem antiimperialistischen Kampf so bedeutend, daß Kemal die folgende, berühmt gewordene Losung zu lancieren für nötig hielt: „Der Bauer ist unser Herr“. Er erklärte auch, daß „die Revolution einen originalen Weg einschlagen müsse, der weder kapitalistisch noch sozialistisch sei“. Das Genie des türkischen Volkes sollte eine besondere Form erfinden, die seinem eigenen Ideal angepaßt sein würde. Es ist jedoch klar, daß seit 1921, seit dem Moment, wo die ganze Macht in die Hände der aufsteigenden mittleren Bourgeoisie überging, alle Aussichten auf eine nichtkapitalistische Entwicklung geschwunden sind.

Die Diskussion, die am Tage nach dem Verrat von Edhem in der großen Nationalversammlung stattfand, ist für die geistige Verfassung der Führer der Bewegung charakteristisch. In der Sitzung vom 3. Januar 1921 rollte ein kommunistenfeindlicher Führer die Fragen des Kommunismus und der Beziehungen zu den Sowjets in brutaler Weise auf. Er erklärte:

„Er (der Kommunismus) ist eine Krankheit, ein unsichtbarer Bazillus. Ob die Regierung es will oder nicht, er dringt ins Innere des Landes ein und verursacht dort Zerstörungen. Er kann, was Gott verhüten möge, unsere mächtige Armee zersetzen. Unsere Verbündeten, die Russen, sind als Kommunisten bestrebt, die Nationen, mit denen sie Beziehungen unterhalten, für ihre Lehren zu gewinnen. Wir kämpfen heute zusammen mit ihnen, gegen die gleichen Feinde, mit demselben Ziel. Aber wir scheiden uns von ihnen durch unser Ideal und durch unser nationales Fühlen. Ich bin der Meinung, daß wir ihrem sozialen Ziel nicht dienen dürfen. Was denkt darüber die Regierung?“

Mustafa Kemal erteilte in eigener Person eine lange Antwort. Er erklärte u. a.:

„Adni Bey hat den Kommunismus mit einem Bazillus verglichen, von dem man infiziert wird, ohne daß man sich dessen bewußt wird. Diese Ansteckung wäre also unvermeidlich. Ich glaube, daß es ein Mittel gibt, sich zu schützen. Man muß denen, die sich in der Sache auskennen, gestatten, die ganze Nation darüber aufzuklären, ob

diese Lehren auf unser Land anwendbar sind oder nicht. Wenn ja, soll man sie gewähren lassen. Aber da wir viel eher uns davon überzeugen würden, daß sie mit unseren Bedingungen unvereinbar sind, werden wir mit vollem Recht zurückschrecken. Und die Regierung wäre ganz berechtigt, Maßnahmen zu treffen gegen diejenigen, die sie verwirklichen wollen.

Unsere Politik ist ganz klar: wir kämpfen für die Unabhängigkeit der Nation in unseren nationalen Grenzen. Ich bin in der Soziologie nicht sehr bewandert. Aber ich glaube, daß der Kommunismus keine Grenzen anerkennt. Vielleicht erkennt er nicht einmal eine Freiheit ohne Vorbehalte an. Wohingegen für uns jede Diskussion über diese Fragen ausgeschlossen ist. In unseren Beziehungen mit den Russen haben die Prinzipien des Kapitalismus und des Kommunismus nichts zu tun.“

Im übrigen ist daran zu erinnern, daß Kemal am Vorabend der nationalen Revolution an eine Möglichkeit der Lösung der Unabhängigkeitsfrage im Rahmen der Monarchie, mit diplomatischen Mitteln, geglaubt hat. Er erzählt selbst in seinen Erinnerungen, daß er dem Sultan Vahdeddin, den er während des Weltkrieges auf einer Deutschlandreise, die dieser in seiner Eigenschaft als Erbprinz unternahm, begleitete, und darum sehr gut kannte, nach dem Waffenstillstand von Mondros die Bildung eines Kabinetts I z z t angeraten habe, in dem er, Kemal, das Kriegsministerium inne haben sollte. Dieses Kabinett wurde auch gebildet, doch ohne ihn, und die Dinge entwickelten sich höchst ungünstig. Erst danach, als Smyrna schon besetzt war und die Bauern sich spontan bewaffneten, um sich der Invasion entgegenzustellen, entschloß Kemal sich, nach Anatolien zu gehen und sich an die Spitze des Befreiungskampfes zu stellen.

Wir erinnern an diese historischen Tatsachen, um zu zeigen, daß die ursprünglichen Tendenzen der Kemalisten nicht sehr radikal waren, daß sie mangels eines starken Druckes der Massen sich von der kapitalistischen Entwicklungslinie nicht entfernten, und daß nur die Interessen dieser Entwicklung bestimmend waren für die entscheidenden Schläge, die sie gegen die Monarchie und den Klerikalismus führten.

### Die wesentlichen Unterschiede

Aber der Unterschied zwischen der türkischen und chinesischen Revolution beschränkt sich nicht auf diese Besonderheiten, die sich aus dem Entwicklungsgrad der Landwirtschaft und den Tendenzen der nationalen Bourgeoisie ergeben. Es kommen dazu noch eine ganze Reihe anderer Unterschiede politischer Natur.

1. Die an die internationale Finanz gekettete türkische Großbourgeoisie war nicht in der Lage, als Klasse irgend eine Rolle in den revolutionären Kämpfen der nationalen Befreiung zu spielen. Für die Teilnahme am Weltkriege und die nicht wieder gutzumachende Niederlage verantwortlich, war sie unter dem Druck der Massen von der Macht verjagt worden, die sie mehrere Jahre hindurch innegehabt hatte. Der Zorn des Volkes zwang sie, sich in vorsichtiger Entfernung zu halten, in Erwartung eines geeigneten Momentes, wo sie wieder auf der politischen Bühne erscheinen konnte. In den Reihen der Nationalisten gab es nur eine beschränkte Zahl von Politikern dieser Herkunft, die noch einigen Kredit hatten. Das verstärkte das Vertrauen der Massen zu den Nationalisten.

2. Der Unabhängigkeitskrieg der Türkei war ein Krieg, der direkt geführt wurde gegen eine ausländische Macht, die im Namen des Imperialismus der

Entente handelte. Es gab keine reaktionären nationalen Armeen, wie in China. Wenn wir von der Episode einer von dem Sultan entsandten und sehr schnell erledigten Expedition absehen, so fehlt dem Kampf ganz und gar der Charakter des Bürgerkrieges. Er ist im vollen Sinne des Wortes ein nationaler Verteidigungskrieg, geführt von einem Staat gegen die Imperialisten, die ihn mit Gewalt zerstückeln wollten. Dieser Umstand erleichterte in einzigartiger Weise die Fortdauer des Blocks aller Klassen der Nation bis zum Siege, unbeschadet der ökonomischen Gegensätze der einen gegenüber den anderen.

3. Die wichtigsten Industriezentren der Türkei (Smyrna, Konstantinopel, Adana usw.) waren schon vor dem Ausbruch der nationalen Bewegung von den imperialistischen Armeen besetzt worden. Diese Gebiete waren somit von jenen abgeschnitten, in denen sich die Befreiungsschlachten abspielten. Auf diese Weise lebten die zahlreichsten, bewußtesten und am besten organisierten Kräfte des türkischen Proletariats unter einem Regime des Belagerungszustandes, ohne aktiv an den revolutionären Kämpfen teilnehmen zu können.

4. In dem Unabhängigkeitskampf der Türkei spielten die nationalen Minderheiten eine sehr große konterrevolutionäre Rolle. Vor allem waren es die armenische und griechische Bevölkerung, die sich, beeinflußt durch ihre Bourgeoisie, von den französischen und griechischen Kommandos bewaffnen ließen und Seite an Seite mit den imperialistischen Armeen gegen die Organisationen und Streitkräfte der nationalen Befreiung kämpften. Sie leisteten dem Imperialismus den gleichen Dienst wie die Horden der reaktionären Militaristen in China.

#### Die Aehnlichkeiten der beiden Revolutionen

Es gibt nicht nur Unterschiede zwischen den Freiheitsbewegungen in China und in der Türkei. Ihre Triebkräfte und Aktionsmethoden zeigen eine vollkommene Uebereinstimmung. Beide Völker erheben sich gleichermaßen gegen ihre fortschreitende Verknecmung durch das imperialistische Kapital. Dessen unterdrückendes Vordringen, die Erstickungsatmosphäre, die seine privilegierte Stellung für die einheimischen Unternehmen schafft, der Widerstand, den es der Ausübung der nationalen Souveränität in bezug auf die Zölle entgegensetzt, die unglaublichen politischen, fiskalischen und juristischen Privilegien, die sich die imperialistischen Bourgeoisien und ihre Schützlinge herausnehmen, die Kapitulationen und Einflußsphären usw. — alles das sind ebenso viele unerträgliche und empörende Bedingungen, die bewirkten, daß die beiden ökonomisch rückständigen Länder sich gegen die Plünderungen der modernen Räuber zur Wehr setzten. Man kann sagen, daß die unmittelbaren Ziele der Kämpfe, die sich seit 1926/27 am Jang-tse abspielen, genau dieselben sind, wie die Kämpfe in Anatolien in den Jahren 1920/22.

Beiden Bewegungen eignet außerdem der Charakter einer bürgerlichen demokratischen Revolution: Liquidierung der Ueberreste des Feudalismus, Vernichtung der militaristischen Reaktion in dem einen, der theokratischen Monarchie in dem anderen Lande, Neuordnung der sozialen Beziehungen, Modernisierung usw. usw.

Die führenden Organisationen des Befreiungskampfes sind ebenfalls sehr ähnlich. Die „Vereinigung für die Verteidigung der Rechte Anatoliens und Rumeliens“ von Angora war im eigentlichen Sinne des Wortes nicht die politische Partei einer sozialen Klasse. Sie war vielmehr eine Art Liga, die sehr widerspruchsvolle politische Tendenzen vereinigte, die vorübergehend gemeinsam ein klar umgrenztes Ziel zu verwirklichen suchten: die Befreiung des Landes von der imperialistischen Invasion. Vom Klassenstandpunkt aus gesehen, war sie ein Block, bestehend aus dem Kleinbürgertum, der Bauernschaft in ihrer Gesamtheit, der mittleren Bourgeoisie der Städte und Dörfer und gewissen Arbeiterschichten. Kurz, es handelte sich um eine Organisation ähnlich der Kuomintang. Die Führung hatten Generale und Politiker, die vor allem die Interessen der aufsteigenden mittleren Bourgeoisie und der wohlhabenden Bauernschaft vertraten, eine Klasse, die wir die junge nationale Bourgeoisie Anatoliens nennen.

### Die Haltung der Kommunistischen Partei der Türkei

Im Unterschied zur Kommunistischen Partei Chinas verblieb die KPT außerhalb des nationalen Blockes. Sie unterstützte aber seinen antiimperialistischen Kampf, ohne jedoch auf die Kritik an seiner inneren Politik zu verzichten. Die Stellung unserer Partei gegenüber der national-revolutionären Bewegung bietet ein äußerst interessantes Studium. In der Aktivität der KPT während der Jahre 1919/23 sind drei Phasen zu unterscheiden.

Bis Anfang 1921 entwickelte sie, obwohl erst kurz vorher gegründet, eine äußerst intensive Tätigkeit. Diese Periode fällt zusammen mit dem Entstehen des Kemalismus. Die Partei verfügte über zwei Tageszeitungen und eine theoretische Zeitschrift. Ihre Propaganda dringt in die Bauernmassen und irregulären militärischen Formationen. Sie findet einen Widerhall in der Nationalversammlung, wo sich ihr einige Deputierte anschließen. Aus dieser Tätigkeit erwächst die revolutionäre Organisation der „Grünen Armee“. Die Niederwerfung der Erhebung der armen Bauern bringt diese Phase breitester Propaganda und legaler Organisation zum Abschluß. Nach dem Verrat von Edhem verfällt die Partei der Auflösung, ihre Führer werden zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Einige Monate hindurch ist es den Kommunisten nur möglich, konspirativ zu arbeiten. Aber die Sympathien, die die arbeitenden Massen den Kommunisten offen erweisen, zwingen 1921 die Nationalisten, deren Lage keineswegs glänzend ist, der Partei erneut ihre legale Tätigkeit zu gestatten. Der vorangegangene Versuch, im Rahmen der „Vereinigung für die Verteidigung der Rechte Anatoliens und Rumeliens“ eine verfälschte kommunistische Partei ins Leben zu rufen, erleidet Fiasko. Im Verlauf dieser zweiten Periode der Legalität schuf sich die Partei eine solidere Organisation, sie drang tief in die Arbeitermassen ein. In ihrem politischen Organ war sie bestrebt, den antiimperialistischen Kampf der Kemalisten voranzutreiben, indem sie ihr Zögern und ihren Mangel an revolutionärem Glauben brandmarkte. Zusammen mit der KP Griechenlands arbeitete sie an der Zersetzung der griechischen Armee. Diese ihre Tätigkeit war einer der wichtigsten Faktoren für die siegreiche Durchführung des Unabhängigkeitskrieges. Sie ist der Zersetzungsarbeit zu vergleichen, die die chinesischen Kommunisten in den Nordarmeen leisteten.

Im Herbst 1922 schien die Lage der Nationalisten sehr gefährdet. Der Kampf machte keine Fortschritte. In der Bevölkerung zeigten sich Anzeichen von Müdigkeit und Ungeduld. Viele begannen bereits zu zweifeln, daß es je möglich sein könnte, die Griechen aus den von ihnen besetzten Gebieten zu verjagen. In dieser Situation beging die Kommunistische Volkspartei von Angora einen schweren Fehler. Sie ließ sich von dem Schein der Dinge täuschen. Ihre eigenen Kräfte überschätzend, richtete sie an die Adresse der Kemalisten eine Proklamation voller Drohungen und berief, ohne sich um das formale Verbot der Regierung zu kümmern, einen Kongreß. Dieses Vorgehen der Partei war ganz und gar deplaciert. Einige Tage später zeigte es sich, daß man am Vorabend der ganz im geheimen vorbereiteten großen und siegreichen Offensive der nationalen Armeen stand. Die nationalistischen Behörden nützten die feindselige Proklamation der Partei, um sie aufzulösen und ihre aktivsten Kämpfer einzukerkern. In dem Freudentaumel, den die Nachrichten von dem entscheidenden Sieg der nationalen Armeen hervorriefen, ging diese Zerschlagung unserer Partei völlig unbemerkt vorüber.

Obwohl die Kemalisten den Boden der bürgerlichen Revolution und des antiimperialistischen Kampfes nicht verließen, zeigten sie 1921 gegenüber dem Kommunismus und der Arbeiterbewegung eine hartnäckige und offene Feindschaft. Sie haben sich hierin als die echten Vertreter der Bourgeoisie erwiesen, die sich der Interessen ihrer Sache voll bewußt sind. Was sie von der chinesischen Bourgeoisie unterscheidet, ist der Umstand, daß diese sich bis heute von dem imperialistischen Kapital nicht hat bestechen lassen.

Wenn auch die Bewegung der Arbeiter und Bauern in der Türkei sich nicht in derselben Weise entwickeln konnte wie in China, so ist es doch nicht weniger wahr, daß die nationale Befreiung bis zu einem gewissen Grade das Werk dieser beiden Klassen ist. Die Kemalisten sind darum gezwungen, ihnen gewisse Zugeständnisse zu machen, u. a. eine ziemlich weitgehende Demokratie zu bewilligen, die sich von 1922 bis 25 gehalten hat. Die KPT, die sich um die Gruppe der III. Internationale erneut konstituierte, führte in dieser ganzen Periode eine halb legale Tätigkeit durch, die sich auf eine ideologische Arbeit gründete, die in ihren theoretischen Organen entwickelt wurde.

### S c h l u ß f o l g e r u n g e n

Welches sind die Gründe, die für die Entwicklung der chinesischen Revolution, nicht in der kemalistischen Richtung, sondern zur Diktatur der Arbeiter und Bauern hin sprechen?

Vor allem ist die äußerste Verschärfung in der Lage der Bauernschaft zu nennen, die, wie wir oben zeigten, unvergleichlich ernster ist als in der Türkei. Die wachsende Ausdehnung der Bauernaufstände ist die beste Bürgschaft für die Vertiefung und den endgültigen Sieg der Revolution. An zweiter Stelle dürfen wir begründete Hoffnungen auf die Kraft der chinesischen Kommunistischen Partei setzen. Sie ist allerdings noch jung. Aber sie befindet sich nicht in der gleichen Lage, wie die KPT im Moment der türkischen Revolution. Die KPT entstand im Jahre 1919, fast gleichzeitig mit der Organisation der nationalistischen Bewegung. Im Verlauf der Kämpfe, an denen sie teilnahm, sammelte sie einige Erfahrungen, doch als der Krieg zu Ende ging, bestand sie noch keine drei Jahre. Dazu kommt, daß sie in einem Milieu wirkte, wo die Arbeiter nur wenig bewußt waren.

Dagegen entwickelte sich die seit 1921 bestehende KP Chinas mit außerordentlicher Schnelligkeit. Die ungeheuren Kämpfe, an denen sie teilnahm, gaben ihr die Möglichkeit, sich eine reiche Erfahrung anzueignen. Im Verlauf von fünf Jahren hat sie eine Entwicklung durchgemacht, die für eine Partei, die noch nicht im Feuer gestanden hat, nicht in zehn Jahren möglich wäre. Sie wird es verstehen, die Arbeiter- und Bauernmassen zum Sieg zu führen, indem sie den Richtlinien der Kommunistischen Internationale entsprechend handelt.

Ein weiterer Vorteil — der gleichzeitig einen vorübergehenden teilweisen Rückschlag bedeutet — ist für die chinesische Revolution der Uebergang der chinesischen Bourgeoisie aus dem Lager der Revolution ins Lager des Imperialismus. Diese Stellungnahme vereinfacht außerordentlich die Situation. Dank diesem Umstand werden die Bemühungen des Proletariats, sich die Hegemonie über die revolutionären Massen der Bauern und Kleinbürger zu sichern, auf weitaus weniger Widerstand stoßen.

Andererseits aber liegen hier auch gewisse negative Momente, Schwierigkeiten, die die türkische Revolution nicht gekannt hat und die die Aufgaben des Kampfes der chinesischen Revolution außerordentlich komplizieren. Noch heute besteht die Basis des antiimperialistischen Kampfes aus Söldnerheeren, deren Soldaten völlig vom Boden losgelöst sind. Die Generale, die sie führen, können jeden Moment zu Verrätern werden und ihre Truppen mit sich reißen.

Die zweite ungünstige Bedingung: im Moment der Bewegung in Kleinasien hatten die imperialistischen Mächte selbst einen erschöpfenden Krieg hinter sich. Sie waren vollauf damit beschäftigt, ihre eigenen Wunden zu heilen. Dazu waren sie weit davon entfernt, in allen Punkten einig zu sein. Heute dagegen fühlen sich die Hauptinteressenten bereits wieder stark genug, einen neuen Krieg auszuhalten, und sie scheinen auch in Hinsicht auf eine eventuelle Intervention in China eine Verständigungsformel gefunden zu haben. Hier besteht eine ernste Gefahr für die chinesische Revolution.

In dem Maße, wie unsere Partei es verstehen wird, die Direktiven der Kommunistischen Internationale durchzuführen, die Organisation und Bewaffnung der städtischen und ländlichen Massen zu verstärken, werden die genannten Gefahren an Schärfe verlieren.

Unsere Pflicht ist es, das Menschenmögliche zu tun zur engsten Heranziehung der Bauernschaft an die Arbeiterklasse, um ihren bewaffneten Kampf auszuweiten und zu vertiefen bis zu seiner Umwandlung in die sozialistische Revolution unter der Hegemonie des Proletariats. Wir sind überzeugt, daß die KP Chinas, dank ihrer Wachsamkeit und Hingabe, es verstehen wird, die Kemalisierung der großen chinesischen Revolution zu verhindern. Ihr endgültiger Sieg — der, wie wir hoffen, nicht mehr fern ist — würde das Signal sein zur Befreiung der versklavten und halbversklavten Völker Asiens, in erster Linie von dem niederträchtigen Joche Englands.

S. KLENOWITSCH:  
DIE ANGLO - AMERIKANISCHE RIVALITÄT  
AUF DEM KAPITALMARKT\*

II.

Andere Perspektiven zeigen sich in bezug auf England als Geldquelle zur Finanzierung der Weltwirtschaft. Nach der Beseitigung der Beschränkungen auf dem Gebiete der Kapitalausfuhr (im November 1925) begann der intensive Kampf Londons um die eingebüßten Positionen. Die ersten Monate des Jahres 1926 ergeben eine achtunggebietende Zunahme der auf dem englischen Markte placierten ausländischen Werte. Aber bereits im Mai geht, im Zusammenhang mit dem ausgebrochenen Bergarbeiterstreik, der eine außerordentliche Anspannung der englischen Wirtschaft hervorrief, das Tempo der Weltwirtschaftsfinanzierung bedeutend zurück. Die Verteilung der Summen auf die einzelnen Monate ist wenig bedeutsam, weil sie von einer Reihe zufälliger Momente abhängt, die mit der Vorbereitung der Ausgabeoperationen im Zusammenhang stehen. Indessen besagt die Gegenüberstellung nach Halbjahren, daß die Ausmaße des Exports eine deutlich fallende Tendenz zeigten. Während das erste Halbjahr etwa 64 Millionen Pfund Sterling ergibt, entfallen auf das zweite Halbjahr nur ungefähr 58 Millionen Pfund. Aeußerst interessant ist es, daß die Beendigung des Streiks einer Zunahme der Operationen zur Finanzierung der Weltwirtschaft durchaus nicht günstig war. Im November betrug die Summe der emittierten ausländischen Werte 12,6 Millionen Pfund gegen 20,7 Millionen im gleichen Monat des Vorjahres; im Dezember beläuft sie sich auf 7,3 Millionen Pfund gegen 12,9 Millionen im Dezember 1925. Dieser sehr bedeutende Rückgang erklärt sich daraus, daß in eben diesen Monaten die Streikfolgen in der Kohlenindustrie in bezug auf den Währungsstand und den Stand der englischen Goldreserven sich besonders deutlich anzuzeigen begannen.

Ein allgemeines Bild von der Kapitalausfuhr im Jahre 1926 im Vergleich zu den zwei vorangegangenen Jahren ergibt sich aus folgender Tabelle (in Millionen Pfund Sterling):

	1926	1925	1924
Englische Emissionen . . .	141,3	245,1	107,1
Koloniale Emissionen . . .	57,6	69,3	64,0
Fremde Emissionen . . .	64,5	30,3	71,5
Insgesamt	263,4	344,7	242,6

Die Kapitalausfuhr nach dem Auslande und den Kolonien, die im Jahre 1924 135,4 Millionen Pfund betrug, geht im Jahre 1925 bedeutend zurück, und zwar auf 99,5 Millionen Pfund. Es war dies ein „Embargo“-Jahr, ein Jahr der stärksten Sperrmaßnahmen auf dem Gebiete des Kapitalexports, die durch den Kampf um die Goldparität des Pfund Sterling hervorgerufen wurden. Bekanntlich wurde das Embargo im November 1925 außer Kraft gesetzt, und im Laufe der folgenden zwei Monate stieg die Summe der frem-

\* Schluß des Artikels in KI Nr. 24.

den und kolonialen Emissionen ungewöhnlich an. Im Zeichen der Aktivität begann das Jahr 1926, das zur Unterbringung von fremden Emissionen im Werte von 122 Millionen Pfund führte. Das vergangene Jahr 1926 war also in bezug auf die vorangegangene Periode ein Jahr der Reaktion, ein Versuch, auf dem Gebiete der Weltwirtschaftsfinanzierung die früheren Positionen Englands wiederherzustellen. Dabei muß beachtet werden, daß das Verhältnis zwischen den Geldmitteln, die den fremden Staaten gewährt werden, und denjenigen, die den eigenen Kolonien überlassen werden, ein normaleres Aussehen gewinnt und sich dem Vorkriegsstand nähert. In den letzten Vorkriegsjahren hatten die fremden Emissionen das Uebergewicht. Ein ebensolches Verhältnis besteht, wie die oben angeführte Tabelle bezeugt, auch im Jahre 1926.

Es ist interessant, zu verfolgen, in welcher Richtung sich die Ausfuhr von englischem Kapital bewegte. Im Gegensatz zu Amerika nahm England in bedeutend höherem Maße als in der Vorkriegszeit Werte auf, die von staatlichen und öffentlichen Körperschaften ausgegeben wurden. Dies bezieht sich gleichermaßen auf die eigenen Kolonien und auf die ausländischen Staaten. Während Staaten und öffentliche Körperschaften 55,7 Millionen Pfund Sterling erhielten, realisierten Privatunternehmen am Londoner Markt ihre Werte in einer Gesamthöhe von 49,5 Millionen. Vor dem Kriege ließ sich ein umgekehrtes Verhältnis beobachten; damals wurden gewöhnlich 65 bis 75 Prozent des englischen Kapitals in privatwirtschaftliche Unternehmungen geleitet. Diese Strukturveränderung des englischen Kapitalexports zeugt von dem schwächer werdenden Interesse des englischen Marktes an der Finanzierung der Volkswirtschaft und von der zurückgehenden wirtschaftlichen Initiative des englischen Kapitals, das immer mehr zur Rolle des Rentiers übergeht, der seine Geldmittel in festen Werten anlegt. Diese These macht indessen gewisse Einschränkungen erforderlich. Die Ausgabe von Staatsobligationen hat natürliche politische Voraussetzungen, insbesondere in bezug auf die kolonialen Emissionen, die den Einfluß der Metropole auf die kolonialen Besitzungen stärken. Nichtsdestoweniger bleibt im wesentlichen die These richtig, daß England im Gegensatz zu Amerika bereits nicht mehr versucht, in einem ebenso großen Umfang wie früher unmittelbare Beziehungen zu ausländischen und kolonialen handelsindustriellen Unternehmungen anzuknüpfen, daß es in kleinerem Maße als früher an der leitenden Rolle in privatwirtschaftlichen Unternehmungen interessiert ist.

In bezug auf die geographische Verteilung der englischen Kapitalausfuhr muß darauf hingewiesen werden, daß England von allen seinen Kolonien fast ausschließlich Australien, Neuseeland und Südafrika finanziert hat. Von der allgemeinen, den Kolonialregierungen zur Verfügung gestellten Summe von 31,9 Millionen Pfund wurden 19,5 Millionen nach Australien und je 4 Millionen Pfund nach Neuseeland und Südafrika geleitet. Man kann nicht umhin, den Umstand zu betonen, daß die kanadische Regierung sich gänzlich vom Londoner Markt zurückgezogen hat und ausschließlich die Dienste New Yorks in Anspruch nimmt. Im ganzen bekam Kanada im vergangenen Jahr nur 1,8 Millionen Pfund, die in London in der Form von Obligationen eines anglo-kanadischen Papierindustriellenunternehmens realisiert wurden. Von fremden Staaten nimmt Brasilien mit 10,5 Millionen

Pfund den ersten Platz ein; es folgen Belgien mit 7,25 Millionen (als Teil der internationalen Stabilisierungsanleihe), Chile mit 2,8 Millionen, Bulgarien mit 1,75 Millionen Pfund usw. Was die Emissionen von Privatunternehmungen betrifft, so nehmen die ausländischen Eisenbahnen mit 8,2 Millionen Pfund den ersten Platz ein (vor allem die südamerikanischen Eisenbahnen), ferner die Kautschukplantagen mit 5,6 Millionen Pfund (in erster Linie die Unternehmungen in den malaiischen Halbkolonien Englands und in Niederländisch-Indien), und endlich auch verschiedene Unternehmungen mit 6,2 Millionen Pfund.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß gegen Jahresschluß die Kapitalausfuhr zurückzugehen begann, und im laufenden Jahre 1927 zeigt sich eine bedeutende Einschränkung der über die englischen Grenzen ausgeführten Summen an. Im Januar wurden Operationen realisiert, die früher vorbereitet und infolge des englischen Streiks zurückgestellt worden waren; seit dem Februar begann ein starker Rückgang, der im März noch schärfere Formen annahm. Die Quartalsemissionen in den drei letzten Jahren stellen sich folgendermaßen dar:

	1927	1926	1925
Englische Emissionen . . .	126,9	44,6	89,9
Koloniale Emissionen . . .	20,2	15,1	9,4
Fremde Emissionen . . .	9,0	19,0	9,0
Insgesamt	156,1	78,7	108,3

Das erste Vierteljahr des laufenden Jahres ergibt bei einer allgemeinen Zunahme der Ausgabeoperationen, die sich aus der Ausgabe der englischen Konsolidierungsanleihe in der Höhe von 69 Millionen Pfund erklärt, einen starken Rückgang der Summe der fremden und kolonialen Emissionen. Gewiß, an Umfang übertreffen sie die Emissionen im ersten Quartal 1925 (29,2 Millionen gegen 18,4 Millionen), aber sie bleiben hinter den Emissionen des Vorjahres zurück. Man muß dabei im Auge behalten, daß von dieser Summe 17,4 Millionen auf den Januar entfallen, was das Bild des laufenden Jahres noch verschlimmert. Dabei ist ein besonders starker Rückgang in der Emission von fremden Werten zu beobachten, die sich auf dem Niveau des 1. Quartals 1925 halten, als das Emissionsembargo besonders rigoros durchgeführt wurde. Die Finanzierung der Kolonien und Dominions ist nicht nur nicht zurückgegangen, sondern hat sogar zugenommen, was dafür spricht, daß England alle Anstrengungen macht, um enge finanzielle Beziehungen zu seinen Herrschaftsgebieten zu unterhalten, die immer stärkere Versuche machen, einen innigeren Kontakt mit New York herzustellen. Diese Beziehungen sind auch auf dem Gebiete des Handels von außerordentlicher Wichtigkeit. Während des harten Kampfes um die Absatzmärkte ist England bestrebt, sich vor allem die eigenen Kolonien zu erhalten, indem es den Kampf durch eine verstärkte Finanzierung seiner Kolonialgebiete unterstützt. Das spezifische Gewicht des britischen Kolonialreiches im englischen Export betrug im Jahre 1926 50,3 Prozent gegen 48,5 Prozent im Jahre 1925 und 39,1 Prozent im Jahre 1913. Dagegen sinkt der Anteil der außereuropäischen Länder von 24 Prozent im Jahre 1913 auf 22,7 Prozent im Jahre 1926 (und 21,7 Prozent im Jahre 1925). Dabei beschränken Argentinien und Brasilien, wohin sich das Kapital der USA er gießt, den Import aus England — das erstere von 4,3 Prozent auf 3,5 Pro-

zent, das letztere von 2,4 Prozent auf 1,9 Prozent. England verliert allmählich seine außereuropäischen Märkte und verteidigt also um so energischer die Märkte seiner Kolonien und Dominions.

Der Februar und März 1927 bezeugen, daß England allmählich wieder zu seiner Einschränkungspolitik auf dem Gebiete der Kapitalausfuhr zurückkehrt. Was liegt dieser Politik zugrunde? Diese Frage findet ihre Beantwortung in der Analyse der Rechnungsbilanz Englands.

Das Aktivsaldo der englischen Zahlungsbilanz geht von Jahr zu Jahr zurück, und gleichzeitig verringert sich auch die Summe, über die England zur unbehinderten Unterbringung in der Weltwirtschaft verfügt. Bereits im Jahre 1925 befand sich die Zahlungsbilanz an der Passivitätsgrenze, die bei einer ungünstigen Entwicklung, sei es auch nur einiger Bilanzposten, die traditionelle aktive Zahlungsbilanz in eine passive verwandeln mußte. Auf dieses Moment muß näher eingegangen werden. Nach der Berechnung des englischen Handelsministeriums stellt sich die Zahlungsbilanz folgendermaßen dar (in Millionen Pfund Sterling):

	1924	1925	1926
Passivsaldo der Handelsbilanz . . . . .	324	384	477
Zahlungssaldo für Auslandsschulden . . . . .	25	11	—
Insgesamt	349	395	477
Einkünfte aus der Schifffahrt . . . . .	140	124	120
Einkünfte aus Auslandsinvestierungen . . . . .	220	250	270
Einkünfte aus Kommissionsbetätigung . . . . .	60	60	60
Sonstige Einkünfte . . . . .	15	15	15
Insgesamt	435	449	465
Bilanz . . . . .	+ 86	+ 54	— 12

Also führte das Jahr 1926 zu einem Passivsaldo der englischen Zahlungsbilanz. Es ist leicht, zu bemerken, daß die eigentliche Quelle dieser Passivität in der stark angewachsenen Passivität der Handelsbilanz besteht; diese Passivität ist um 93 Millionen Pfund gestiegen. Natürlicherweise ist der langwierige Streik in der Kohlenindustrie zur Quelle der Verschlimmerung des englischen Außenhandels geworden. Es geht indessen nicht an, nur diesem Streik die Schuld an der Zunahme des Passivsaldo zuzuschreiben. Das Verhältnis zwischen der englischen Ein- und Ausfuhr ist eine anhaltende Erscheinung, die sich aus dem äußerst verschärften Kampfe um die Absatzmärkte und aus der dadurch bedingten Einschränkung der Ausfuhr englischer Industriewaren ergibt. Ohne den Kampf der englischen Bergleute würde das Passivsaldo der Handelsbilanz zweifellos weniger angewachsen sein; es wäre aber jedenfalls gewachsen, was auch von den vorläufigen Ziffern für die ersten Monate des Jahres 1927 bestätigt wird. Der Export betrug im 1. Quartal 170,5 Millionen Pfund (gegen 189,6 Millionen im 1. Quartal 1926); der Import belief sich auf 289,5 Millionen (gegen 284,4 Millionen im 1. Quartal 1926). Im Endergebnis betrug das Passivsaldo 119 Millionen Pfund (gegen 94,8 Millionen im 1. Quartal 1926). Wir haben es hier nicht mit einer Zufallserscheinung zu tun, sondern mit einem gesetzmäßigen Vorgang, der die Entwicklungsschicksale der englischen Volkswirtschaft sowie die Veränderungen ihres spezifischen Gewichts im Gesamtsystem der Weltwirtschaft widerspiegelt. Die Debetseite der Zahlungsbilanz

wächst im Zusammenhang mit der zunehmenden Passivität des Handelsaldos bedeutend schneller als die Kreditseite, die sich aus den eingehenden Zinsen von den im Auslande investierten Kapitalien und aus der Vergütung für allerhand Kommissionsgeschäfte zusammensetzt. Und da diese Entwicklungstendenz der internationalen Verrechnungen Englands unmittelbar für die Stabilität der Valuta bedrohlich wird, so ist in nächster Zukunft eine radikale Umgestaltung der gegenseitigen Verrechnungsverhältnisse zwischen England und der Außenwelt zu erwarten. Diese Umgestaltung wird sich unzweifelhaft auf der Linie der Einfuhrbeschränkung bewegen. Vor allem wird sie sich indessen in einem verlangsamten Tempo der englischen Weltwirtschaftsfinanzierung offenbaren müssen. Gewiß kann die Einschränkung des Kapitalexports ihrerseits nicht umhin, die englische Ausfuhr zu beeinflussen, weil die von England gewährten Anleihen die Unterbringung von ausländischen Bestellungen in der englischen Industrie und eine Steigerung des englischen industriellen Exports nach sich ziehen. Es gibt indessen keinen anderen Ausweg. Dieser Tatsache sind sich übrigens anscheinend auch die Lenker der englischen Kredit- und Währungspolitik bewußt, die aufs neue beginnen, Maßnahmen zur Beschränkung der Kapitalausfuhr zu treffen.

Wir übergehen die Frage nach der Genauigkeit der Berechnungen des Handelsministeriums. Ihrem eigentlichen Wesen nach können die Zahlungsbilanzen, mit Ausnahme von ein, zwei Posten, keinen Anspruch auf mathematische Genauigkeit erheben. Nicht ausgeschlossen ist die Möglichkeit, daß die Passiva etwas größer sind, als die in der oben stehenden Tabelle errechneten; ebenso ist auch die Möglichkeit eines geringen Aktivaldos nicht ausgeschlossen. Jedenfalls schwanken die wirklichen Ergebnisse der internationalen Verrechnungen Englands für das Jahr 1926 in den Grenzen zwischen minus 15 und plus 15. Diese Schwankung ist für die Entwicklung der Kapitalausfuhr nicht von wesentlicher Bedeutung, weil ein geringes Passivsaldo an sich kein Hindernis für eine in gewissen Ausmaßen getätigte Finanzierung der Weltwirtschaft darstellen kann, während ein unbedeutendes Aktivsaldo noch keine Möglichkeit gewährt, diese Finanzierung in irgendeinem großen Umfang durchzuführen. Es ist wichtig, festzustellen, daß diese Zusammensetzung der Zahlungsbilanz für England auf dem Gebiete seiner finanziellen Beziehungen zur Weltwirtschaft eine Beschränkung bedeutet, trotzdem die Lage des Geldmarktes, der Umfang der Kapitalanhäufung und die Ausnutzung dieser Anhäufung für den Bedarf des Staatskredits und für die Finanzierung der Volkswirtschaft den Export verhältnismäßig großer Summen gestatten.

Trotz des Vorhandenseins dieser Beschränkung kann England selbstverständlich nicht die Geldausfuhr einstellen. Jedenfalls wird zweifellos die Finanzierung seiner überseeischen Hoheitsgebiete fortgesetzt werden, obwohl offenbar in vermindertem Umfang. Angesichts einer passiven Zahlungsbilanz rückt diese Politik die Frage nach den Geldquellen des Kapitalexports in den Vordergrund. Unter den gegebenen Umständen kann die Finanzierung der Kolonial- und Weltwirtschaft nur auf Kosten des Zuflusses von fremdem Kapital stattfinden. Da jedoch unter den Bedingungen der englischen Wirtschaft das Kapital von außen her nicht in der Form von langfristigen Einlagen zuströmt, sondern in der Form von mehr oder minder

kurz befristeten, aus dem Ausland fließenden Summen (zur Verrechnung im Außenhandel, zu Börsenspekulationen, zu Wechseloperationen usw.), so entsteht unvermeidlich ein Mißverhältnis zwischen den Aktiv- und Passivfristen im Kapitalumlauf, was seinerseits notwendigerweise den Umfang des Kapitalexports beschränken und in der Sphäre der langfristigen Weltwirtschaftsfinanzierung eine außerordentliche Unsicherheit erzeugen muß. Neben den Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Zahlungsbilanz bietet eben dieser Umstand eine Erklärung für die heftigen Schwankungen in den Dimensionen des englischen Kapitalexports. In nächster Zukunft sind kaum irgendwelche Aenderungen dieser Lage zu erwarten. Im Gegenteil, alles spricht dafür, daß die Unsicherheit der Lage größer werden wird, was unvermeidlich die Schwankungen verstärken muß, durch die sich der Londoner Markt der Auslandsemissionen auszeichnet.

Eine der wesentlichsten Methoden in dem Kampfe Englands um die ausländischen Kapitalien ist bekanntlich die Diskontpolitik. Der hohe Diskontsatz verfolgt das Ziel, den hohen Preis des Geldes aufrecht zu erhalten und eben dadurch fremdes Kapital, vor allem aus Amerika, ins Land zu locken. Eine wesentliche Vorbedingung dieser Politik ist der am amerikanischen Markt vorhandene Ueberfluß an Kapitalien, die infolge des verlangsamten Entwicklungstempos der amerikanischen Volkswirtschaft keine Anwendung finden können. Diese Politik zeitigte anscheinend günstige Resultate, da ungeachtet der passiven Zahlungsbilanz und der verhältnismäßig großen Ausmaße der Auslandsemissionen im Jahre 1926 ein Zufluß von Gold stattfand, dessen Reserven im Laufe des Jahres um ungefähr 5 Millionen Pfund anwuchsen. Indessen konzentrierten sich am Londoner Markt solche bedeutende Summen von fremden Kapitalien, daß ihre produktive Anwendung auf außerordentliche Hindernisse stieß. Die Marktsätze begannen allmählich zu sinken, und im Endergebnis ereignete sich die Absonderung des privaten Diskontmarktes vom zentralen Kreditinstitut, das eben dadurch die Möglichkeit einbüßte, auf die Kreditpolitik, den Geldumlauf und die Gesamtentwicklung der englischen Volkswirtschaft eine tatsächliche Einwirkung auszuüben. Letzten Endes entschloß sich die Bank of England zu einer Herabsetzung des offiziellen Diskonts um  $\frac{1}{2}$  Prozent (von 5 Prozent auf  $4\frac{1}{2}$ ), wodurch sie den Forderungen des Handels und der Industrie entgegenkam, die über die teuren Kredite klagten, ebenso wie den Forderungen der Banken, die infolge der Teuerung am Londoner Geldmarkt den Verlust eines Teiles der ausländischen Klientel befürchteten.

Die Bank of England legt sich zweifellos Rechenschaft von der mit diesem Schritt verbundenen Gefahr ab, daß ein Teil des fremden Kapitals eingebüßt werden könnte. Wenn die Bank dennoch diesen Schritt getan hat, so erklärt sich dies vor allem daraus, daß sie die Entwicklungsaussichten der englischen Wirtschaft augenscheinlich allzu hoch einschätzt, sowie daraus, daß es ihr in letzter Zeit gelungen ist, gewisse Maßnahmen zu treffen, die für die nächste Zukunft die Möglichkeit gewährleisten, einen Kapitalabfluß zu lähmen. Der Vertrag mit der Bank von Frankreich gewährleistet die Tilgung der Schulden dieser letzteren in einem Umfang von 33 Millionen Pfund gegen Rückerstattung eines Golddeposiums von nur 18 Millionen Pfund Sterling. Daneben müssen im laufenden Jahre die Einzahlungen à conto der deutschen Reparationen und der Schulden der ehemaligen Ver-

bündeten (bis zu 22 Millionen Pfund) anwachsen, was die Ausgaben zur Zinszahlung an Amerika (35 Millionen Pfund) bedeutend herabsetzen wird. Für die nächste Zeit werden diese Einnahmen augenscheinlich den eventuellen Kapitalabfluß wettmachen, der übrigens kaum einen großen Umfang annehmen wird in Anbetracht dessen, daß der Unterschied zwischen den Sätzen von New York und London dennoch  $\frac{1}{2}$  Prozent betragen wird und daß in Frankreich, Holland, Schweden usw. die Diskontsätze sich auf niedrigerem Niveau halten.

Durch Ermäßigung des Diskontsatzes bemüht sich die Bank of England, nicht nur den verlorenen Kontakt mit dem Markte wiederherzustellen, sondern auch zugleich die Chancen im Kampf um die Erhaltung des finanziellen Einflusses auf die Kolonien und Dominions zu verbessern, die in letzter Zeit im Zusammenhang mit der Kostspieligkeit des englischen Kredits sich vom Londoner Markt abzuwenden begannen. (Im Jahre 1926 stieg der Preis des Kredits für die Kolonien und Dominions ungefähr um  $\frac{1}{2}$  Prozent.)

Es ist gegenwärtig kaum möglich, sich über die Möglichkeit einer dauernden Erhaltung des neuen Diskontsatzes mit Bestimmtheit zu äußern. Allem Anschein nach wird es möglich sein, ihn im Laufe der Sommermonate zu halten, da während dieser Zeit die Einfuhr gewöhnlich sehr zurückgeht, die Anforderungen von seiten der Weltwirtschaft sich vermindern und sich in der wirtschaftlichen Tätigkeit ein verlangsamtes Tempo anzeigt. Die Einhaltung dieses Diskontsatzes für den Herbst ist sehr zweifelhaft. Für diese Zeit ist eine Erhöhung des Satzes vorauszusehen, falls diese infolge großer Ereignisse im inneren sozialpolitischen Leben Englands nicht noch früher eintreten sollte.

Jedenfalls darf man keine anhaltende Stabilität in der Diskontpolitik der Bank of England und keine systematische Ermäßigung der Kreditkosten in London erwarten, die imstande wäre, die Aussichten des Kampfes um die Sicherung der englischen Positionen auf dem Gebiet der Weltwirtschaftsfinanzierung zu verbessern. Diese Stabilität ist nur auf der Grundlage einer günstigen Zahlungsbilanz möglich; unter den Bedingungen der Abhängigkeit Englands vom Zufluß des Kapitals von außen ist sie ausgeschlossen.

### III.

Wir haben also einerseits in New York die andauernde Zunahme des Umfanges der Operationen auf Rechnung des Auslandes, die Entwicklung des Kapitalexports, die Erfassung immer neuer Länder und neuer Volkswirtschaftszweige, die allmähliche Ermäßigung der Kreditunkosten. Und andererseits in London heftige Schwankungen in bezug auf die Ausmaße der Operationen, Sprünge auf dem Gebiete der Kreditkosten, eine Einschränkung des Kapitalexports.

Die Vereinigten Staaten, die erst seit kurzem (seit dem imperialistischen Kriege) als Weltgläubiger auftreten, holen England schnell ein. Nach den letzten Berechnungen (siehe den Londoner Statist vom 9. 4. 1927) betragen die englischen, im Auslande investierten Kapitalien 4882 Millionen Pfund Sterling. Dies ist das zahlenmäßige Ergebnis der fast hundertjährigen Geschichte des englischen Kapitalexports. Die amerikanischen Einlagen beziffern sich auf 13 Milliarden Dollar (siehe Moodys Investors Service). Zu-

sammen mit den 11½ Milliarden betragenden Kriegsschulden Europas beträgt die Gesamtsumme des amerikanischen, nach dem Auslande exportierten Kapitals über 24½ Milliarden, d. h. über 5000 Millionen Pfund Sterling. Also brauchten die Vereinigten Staaten kaum 10 bis 12 Jahre, um England einzuholen. Aber auch ohne Berücksichtigung der Kriegsschulden erweist es sich, daß der Umfang der amerikanischen Auslandseinlagen 60 Prozent der englischen beträgt.

Die oben angeführten Zahlen, die sich auf den Beginn des Jahres 1927 beziehen, bestätigen vollkommen das Vorhandensein der Schwierigkeiten, gegen die England beim Kapitalexport ankämpfen mußte. Zugleich lassen die ersten Monate des laufenden Jahres die Voraussetzung zu, daß Amerika im Jahre 1927 einen neuen Rekord auf dem Wege zur finanziellen Durchdringung der Weltwirtschaft aufstellen wird. Im ersten Quartal des laufenden Jahres betrug die Summe der fremden Emissionen 313,7 Millionen Dollar gegen 197,4 Millionen in der gleichen Periode des Jahres 1926. England kann mit dem rasch voranschreitenden Amerika nicht Schritt halten. Am gefährlichsten für England ist der Umschwung in der geographischen Lage der amerikanischen Kapitalausfuhr, der sich bereits 1926 angezeigt hat. Die Sättigung der südamerikanischen Länder mit Kapital geht in dem gleichen schnellen Tempo vorwärts. Aber gerade diese Staaten, die die vorteilhafteste Kapitalanlage gestatten, waren bis zur letzten Zeit englische Domänen. Der Staatskredit dieser Länder, aber mehr noch der Kapitalbedarf von seiten der Transport-, Industrie- und anderen Unternehmungen wurde seit jeher von dem englischen Markt befriedigt, der im Laufe von Jahrzehnten sich in Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko und in anderen Staaten Latein-Amerikas feste Positionen schaffen konnte. Heute nimmt ihm das amerikanische Kapital eine Position nach der anderen ab.

Nach vorläufigen Angaben verteilten sich in den ersten Monaten des Jahres 1927 die nach den kolonialen und kalbkolonialen Ländern geleiteten Geldmittel auf Amerika und England folgendermaßen (in Tausenden Dollar; wobei zur Abrundung 1 Pfund Sterling gleich 5 Dollar angenommen wird\*):

	Vereinigte Staaten	England
1. Zentralamerika . . . . .	29 087	7 585
2. Südamerika . . . . .	102 753	22 210
3. Kanada . . . . .	32 430	11 250
4. Australien . . . . .	32 500	31 325
5. Südafrika . . . . .	—	9 950
6. Uebrige britische Kolonien	—	79 415
7. Niederländisch-Indien . .	25 000	3 750

Diese Zahlen besagen, daß England seine Aufmerksamkeit vor allem auf die eigenen Kolonien konzentriert hat. Indessen wird seine Tätigkeit in einigen von diesen, ebenso wie in den amerikanischen Ländern und in den niederländischen Kolonien, von dem eindringenden amerikanischen Kapital durchkreuzt.

Amerika hat das offenkundige Uebergewicht auf dem Gebiete des Kapital-exports nach Zentral- und Südamerika. Wir verfügen nicht über genaue Angaben in bezug auf den Umfang des in der Volkswirtschaft dieser Länder

\* In bezug auf England gelten die Zahlen für Januar—April, in bezug auf die Vereinigten Staaten für Januar—März.

angelegten englischen und amerikanischen Kapitals. Aber die ungefähren Berechnungen, die in letzter Zeit unternommen wurden, bezeugen, daß beispielsweise in Zentralamerika bereits heute das amerikanische Kapital die Oberhand hat und daß in Südamerika seine Einlagen  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{2}{3}$  der Gesamtsumme des investierten ausländischen Kapitals ausmachen. Im laufenden Jahre finanzierte England von allen Ländern Südamerikas verhältnismäßig ausgiebig (mit 10,5 Millionen Dollar) nur Venezuela, wo das englische Kapital großes Interesse an der Naphthagewinnung hat. Nach Argentinien führte es nur 1,75 Millionen Dollar aus, während der amerikanische Export 11,74 Millionen Dollar betrug; in bezug auf Brasilien betragen die entsprechenden Summen für England und die Vereinigten Staaten 3,76 Millionen und 16 Millionen Dollar, für Peru 6,6 Millionen und 15 Millionen Dollar. Ueberdies ließen die Vereinigten Staaten reichliche Geldsummen in die Volkswirtschaft von Chile (29,383 Millionen Dollar) fließen, während Kolumbien 16,5 Millionen und Bolivien 14,7 Millionen Dollar erhielten. Aus England erhielten diese Länder in der gleichen Zeit keinen Pfennig.

Die zweite Richtung des amerikanischen Kapitalexports, die eine unmittelbare Bedrohung des englischen Einflusses bedeutet, bilden die britischen Dominions. Von Kanada schon gar nicht zu reden. Die englische Kapitalausfuhr nach Kanada hat fast vollständig aufgehört, und das amerikanische Kapital nimmt nach den Ausmaßen seiner Investitionen den ersten Platz in der kanadischen Volkswirtschaft ein. Gegenwärtig ist die Reihe an Australien, das immer mehr zum nordamerikanischen Geld- und Handelsmarkt zu tendieren beginnt. Die Ende 1925 von Australien in New York aufgenommene große Anleihe versetzte London in große Aufregung und veranlaßte es, die Sperrmaßnahmen auf dem Gebiete der Kapitalausfuhr aufzuheben. Im Verlauf des ganzen Jahres 1926 leitete England die Hauptmenge des Exportkapitals nach seinen Kolonien, in dem Bestreben, vor allem deren Anforderungen zu genügen. Nichtsdestoweniger wendet sich im laufenden Jahre Australien wiederum, und gleich zweimal, an New York, weil der Londoner Markt weder nach seinem Umfang, noch nach seinen Kreditbedingungen die schnell wachsende Nachfrage nach Geld befriedigen kann, die von den jungen, sich industrialisierenden Kolonialländern erhoben wird. Es muß als auf eine kennzeichnende Erscheinung darauf hingewiesen werden, daß in den abgelaufenen Monaten des Jahres 1927 die amerikanische Geldausfuhr nach Australien bereits die englische überholt hat.

Das Auftreten Australiens auf dem amerikanischen Geldmarkt beschleunigt zweifellos die Herabsetzung des Kreditwertes und die Maßnahmen zur Erhaltung vor allem der kolonialen Klientel. Indessen können weder die Hilfsquellen Londons noch seine Möglichkeiten hinsichtlich der Kreditkostengestaltung ihm irgendwie bedeutende Chancen im Kampfe mit New York um die finanzielle Vorherrschaft in den britischen Kolonien sichern. Der letztere Vorfall — die Inanspruchnahme des New Yorker Marktes durch Australien — besagt, daß zwischen Australien und Amerika sich festere Beziehungen herauszubilden beginnen, die eine Senkung des spezifischen Gewichts Englands in der Volkswirtschaftsfinanzierung eines der größten britischen Dominions herbeiführen werden.

An diesen zwei äußerst wichtigen Frontabschnitten des Weltgeldmarktes wird sich anscheinend in nächster Zeit die Rivalität zwischen England und

Amerika konzentrieren müssen. Europa spielt dabei gegenwärtig eine Nebenrolle; auch hier tritt übrigens die Bevorzugung Amerikas klar zutage. Im Fernen Osten wird der Charakter der anglo-amerikanischen finanziellen wechselseitigen Verhältnisse sich in Abhängigkeit von der Entfaltung der sozialpolitischen Situation in China und Japan herausbilden. Auf diese Weise wird sich die Kampffront auf die Länder Latein-Amerikas und der wichtigsten britischen Dominions konzentrieren. Um so erbitterter wird diese Rivalität werden, die sich immer mehr zugunsten des amerikanischen Kapitals entwickelt, das seinem Nebenbuhler energisch zu Leibe geht und ihm eine Position nach der anderen abnimmt.

F. G.:

## AN DER QUELLE DER SINOWJEW-BRIEFE\*

(Ein Blick in die Fälscherwerkstatt der Konterrevolution)

Die Ereignisse der jüngsten Zeit zeigen eine neuerliche Belebung der Helfershelfer Chamberlains und Joynson-Hicks, der russischen Weißgardisten. Von Verleumdungen und Fälschungen gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt sind sie zu Mord und Brandlegung übergegangen. Gerade in dieser Zeit ist es außerordentlich wichtig, daß die Arbeiter aller Länder die Geschichte des Kampfes der von England bezahlten und organisierten Konterrevolution gegen den Sowjetstaat kennen.

Die falschen Dokumente, die Sinowjew-Briefe, Chiffretelegramme und alles andere sind nicht das unbedeutendste Mittel des Kampfes der Konterrevolution. Im Gegenteil. Mit diesen Mitteln bereiten sie die „öffentliche Meinung“ dazu vor, daß sie in den Vertretern der Sowjetunion Brandstifter und Mörder sieht, die zu ermorden nichts anderes als ein leicht zu rechtfertigender Racheakt eines „Patrioten“ sein kann.

Die Zeit der Fälschungen ist sicher noch nicht zu Ende. Die Schreibmaschinen der „Arcos“ und die Papierkörbe der Pekinger sowjetrussischen Gesandtschaft werden sicher noch manchmal als „Quellen“ welterschütternder Dokumente dienen.

Es ist daher außerordentlich zu begrüßen, daß in England eine Sammlung der schlagendsten Beweise für die Fälscherarbeit der Konterrevolution veröffentlicht ist. Die Sammlung dieser Dokumente von Verworfenheit und Dummheit ist mit einem Vorwort George Lansburys ausgestattet, der erklärte:

„Es ist die Pflicht der britischen Arbeiterbewegung, dem Lügenstrom in diesem Land Einhalt zu gebieten, und wenn nächstens die Labour Party zur Regierung kommt, muß sie darauf sehen, jeglichem Geheimdienst von Fälschung und Propagandakampagnen ein Ende zu setzen und das russische Volk als Genossen und Freunde in die allumfassende Internationale aufzunehmen...“

Aus Lansburys Zeilen spricht sein ewiger wirklichkeitsfremder Utopismus, aber ebenso die ehrliche Entrüstung gegen die Methoden des Joynson-Hicks und seiner politischen Freunde. Sein Ruf „daß die britische Arbeiterbewegung ein langes Gedächtnis haben müsse“ sollte nicht ungehört verhallen, nicht allein in England, sondern in allen Ländern. Genau so wie seinerzeit der Sinowjew-Brief „dank der schreienden Beschränktheit (crass stupidity) gewisser Führer der Arbeiterbewegung“ seine Aufgabe, Verwirrung anzurichten, erfüllen konnte, wird auch weiterhin jedes noch so dumme Dokument Glauben finden, wenn nicht breite Massen, insbesondere in England, mit der Geschichte der Fälschungen bekannt werden.

\* Antisowjetfälschungen. Eine Sammlung einiger der gefälschten Dokumente, die zu verschiedener Zeit gegen die Sowjetregierung verwendet wurden. (Anti-Soviet Forgeries. A record of some of the forged documents used at various times against the Soviet Government. Workers Publications Ltd., London, April 1927.)

Das vorliegende Büchlein gibt eine historische Darstellung der wichtigsten Fälschungen (als solche werden nicht weniger als 20 aufgezählt), die aus verschiedenen Quellen für verschiedene Abnehmer fabriziert wurden. Der Grundton und der Zweck ist in allen der Gleiche: die Identität der Sowjetregierung und der Komintern „nachzuweisen“.

An Hand beglaubigter Dokumente ziehen die Fälscherwerkstätten Druschelowskis, Jakubowitschs an unseren Augen vorbei. Es wird uns der amüsante Fall ins Gedächtnis gerufen, wo einer dieser Fälscher die Frechheit besaß, die Rechnung für die von ihm bestellten Komintern-Stampiglien an die Wiener Sowjetvertretung zu schicken. In photographischer Wiedergabe finden wir das gefälschte Briefpapier der Komintern, die Stampiglien mit analphabetischem Text, die furchtbaren Instruktionen mit der Unterschrift des sagenhaften „Genossen Dorot“, Geldüberweisungen an „Dicki“ und ähnliche heitere Dinge.

Sehr lehrreich ist auch die Wiedergabe der Debatten über den Sinowjew-Brief, die im Dezember 1924 im englischen Unterhaus stattgefunden haben, wo bekanntlich zugegeben werden mußte, daß dieses Dokument nicht vorgelegt werden kann, da es eben nicht existiert.

Außer diesem sozusagen klassischen Fälschungen der Konterrevolution finden sich zwei Abschnitte in dieser Broschüre, die ganz besonderes Interesse verdienen: zunächst die Verbindung zwischen Joynson-Hicks bzw. seinen Schülern in der englischen Polizei in Schanghai und dem internationalen Petroleumkapital. Das ist die Angelegenheit des Vertreters des Petroleumsyndikats der Sowjetunion in China Dosser. Bekanntlich entledigte man sich dieses gefährlichen Konkurrenten dadurch, daß man ihn der Agitation gegen England beschuldigte. Ohne an das höchst originelle Verfahren zu erinnern (der Mann wurde einige Stunden nach seiner Ankunft in Hongkong, wo er auf der Durchreise nach Kanton war, auf einem englischen Schiff nach Schanghai gebracht und hier vor das Gericht der ausländischen Kolonien gestellt für ein Verbrechen, das er angeblich in Hongkong, also auf englischem Territorium, begangen hat). Das corpus delicti gegen Dosser war ein Mandat der Agitationsabteilung der RKP in Schanghai, das etliche Tage nach Dossers Verhaftung von einem findigen Weißgardisten in ein Dosser gehörendes Buch hineinpraktiziert worden war. Dieses Dokument, ein Mandat zur Organisation von Streikkomitees in Hongkong und Kanton, wurde offenbar in derartiger Eile angefertigt, daß die Verfasser es nicht einmal unterschreiben konnten; trotz seines Petroleumgeruches und seiner Primitivität brachte es seinem Verfasser die ansehnliche Summe von 4000 Dollar ein, abgesehen von der Gehaltserhöhung, die mit einem solchen Kunstwerk selbstverständlich verbunden ist.

Ist dieses Mandat für Dosser in seiner Unverfrorenheit schon ein ganz ausschließliches Beispiel für die Fälschungen der Konterrevolution, so wird es noch übertroffen durch einen Briefwechsel aus dem Jahre 1923, der von einem an einem derartigen Schwindel Beteiligten dem damaligen Sowjetvertreter in London, Rakowski, übergeben wurde. Diese Dokumente, Briefe der „Socialist Labour Party“ von Großbritannien an verschiedene Personen haben das historische Verdienst, daß sie in dieser schweren Zeit einer ziemlichen Zahl englischer Arbeiter einige heitere Augenblicke bereiteten. Die Briefe, die an die Komintern gerichtet sind, zeichnen sich durch außerordentlichen politischen Analphabetismus aus. Daß sie von Geldfragen handeln, braucht ja wohl nicht erst betont zu werden. Der eine dieser Briefe vom Oktober 1923 läd nicht nur zur Uebersendung von 3000 Pfund ein, sondern teilt auch mit, daß eine Kopie dieses Briefes an die „Exekutive der SAI“ in Hamburg geschickt werde. Wer diese SAI ist, ist nicht gegliückt festzustellen, da die unter der Bezeichnung SAI bestehende Sozialistische Arbeiter-Internationale bekanntlich niemals ihren Sitz in Hamburg hatte und der ehrenwerte Friedrich Adler unseres Wissens niemals mit der Komintern konspiriert hat. Der Brief ist gerichtet an A. P. Rosenholz in Moskau, der in diesem Brief die Anrede „High Comrade“ erhält. (Dies wäre etwa mit Hoher Genosse oder so ähnlich zu übersetzen.)

Wenn aber der „Hohe Genosse“ allein genügen würde, um die Lächerlichkeit dieser Fälschungen zu beweisen, könnte man sich ganz damit zufrieden geben. Doch der Ruhm der Fälschergesellschaft wird verewigt durch einen streng vertraulichen Brief an — Arthur Henderson (völlig unverdienterweise verweigern ihm die Verfasser des Briefes die Anrede „hoher Genosse“). Dieser Brief, dessen Inhalt in der Presse schon genügend beleuchtet worden ist, wirft ein besonderes Licht auf das weite Netz des Einflusses der Komintern, das sich ausdehnt nicht nur auf die „Sozialistische Arbeiter-Internationale in Hamburg“, sondern auch die IWW in Amerika, Bischof Brown und einen Genossen namens Stinnes, der, wie wir nicht fehl zu gehen glauben, wohl der bekannte Hugo Stinnes sein dürfte.

---

Soweit die Dokumente dieser lesenswerten Sammlung. Wenn man die vorliegende Zusammenstellung aufmerksam durchblättert, kann man nur schwer glauben, daß diese frechen Fälschungen eine derartige politische Bedeutung gewinnen konnten. Die Zeit der Fälschungen ist noch nicht vorbei. Auch wenn die Konterrevolution versucht, durch einzelne Gewaltakte ihr Werk mit neuen Mitteln fortzusetzen, wird sie auch auf ihre geliebten Fälschungen nicht verzichten, insbesondere da sie eine geradezu unerschöpfliche Quelle neuer Geldmittel für ihre verbrecherische Tätigkeit bilden. Vielleicht bildet dieses Buch eine gewisse Gefahr, wie in seiner Vorrede gesagt ist, da es dem Produzenten dieser Fälschungen gewisse Anleitungen geben kann. Aber vielleicht, und das ist die Aufgabe dieses Buches, dient es dazu, die Zeitungsläser, in erster Linie die Arbeiterschaft, gegen das Gift der Dokumentenfälscher immun zu machen, um auf diese Weise der Lügenpropaganda der „Diehards“ den Boden zu entziehen.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn diese Dokumentensammlung zumindestens in ihren wichtigsten Teilen in andere Sprachen übersetzt würde, um so den Arbeitern aller Länder zugänglich zu werden.

L U M Ä R T E N  
**WESEN UND VERÄNDERUNG  
DER FORMEN / KÜNSTE**

Resultate historisch-materialistischer Untersuchungen

AUS DEM INHALT:

Woher stammen die  
Formen (Künste)?

Was ist Kunst?

Ursprüngliches Wesen einzelner For-  
men — heute Kunst genannt

Tanz — Musik — Gym-  
nastik — Lautgesang

Die primitive Musik, ihre Instrumente  
und Formen / Die Musik der früh-  
mittelalterlichen Entwicklungen / Die  
Musik bis zum 16. Jahrhundert / Ent-  
wicklung der Instrumente auf Grund  
der industriellen Entwicklung / Die  
musikalische Schriftsprache / Die  
moderne Musik / Moderne Versuche  
und Ausblicke

Architektonische Ge-  
stalten

Die Bauformen

Aegypten — Altgriechenland — Indien  
Die Bauformen des europäischen Mittel-  
alters bis zur kapitalistischen Zeit  
Romantik — Gotik — Renaissance —  
Barock — Subkonstruktive und struk-  
tutive Neuformen

Der Geist des Hand-  
werks und der Geist  
der Maschine

Die Plastik

Mauerplastik und Freiplastik / Los-  
lösung der plastischen Formen aus dem  
architektonischen Zusammenhang / Zer-  
fall und Neubildung der Formen in der  
modernen Kunst

Malerei und Zeichnen

Ornament und Bild — Bilderschrift —  
Zeichnen / Malerei als Handwerk —  
Malerei als Kunst / Das Bild / Im-  
pressionismus und Subprematismus

Kunstgewerbe

Dichtung und Literatur

Die poetischen Formen / Die Sprache  
als künstliches Material und als vor-  
wiegendes Verstandesmittel / Poesie —  
Wissenschaft / Inhalte und Ideologien  
Bewußtheiten — Das Genie — Moderne  
Zeit / Sprachliches Selbstbewußtsein

Ideologie der Klassen

Erwartungen und Erfüllungen einer  
neuen Kunst in der Dichtung

295 Seiten — broschiert Mark 6,50; gebunden Mark 8,50